

# *political*

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 2/2025

 Hanns  
Seidel  
Stiftung



**MIT SICHERHEIT**

**FOKUS**

Herausforderung Innere Sicherheit

**BERLINER LUFT**

Der Bundesrat als Hürde

# «Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.»»

Spruchwort

## S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Freiheit und Sicherheit sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Doch in der Realität besteht zwischen ihnen ein fortwährendes Spannungsverhältnis: Wie viel Sicherheit braucht die Freiheit? Und wie viel Freiheit ist möglich, ohne die Sicherheit zu gefährden?

Aktuell liegt der Fokus der politischen Debatte aus gutem Grund auf der Sicherheit. Denn unsere Gesellschaft sieht sich einer komplexen Bedrohungslage ausgesetzt: Einerseits sind wir mit neuen Formen von Gewalt, Kriminalität und politischer Polarisierung konfrontiert. Andererseits schwimmt durch den technischen Fortschritt zunehmend die Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit. Vor diesem Hintergrund ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten, nicht mehr selbstverständlich. Kann der Staat die Bevölkerung allerdings nicht mehr ausreichend vor Gefahren schützen, so droht das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erodieren.

In der Demokratie kann Sicherheit jedoch nicht auf Kosten der Freiheit erzwungen werden. Ob eine Gesellschaft bereit ist, einen Teil ihrer Freiheit für ein Mehr an Sicherheit aufzugeben, ist Ergebnis eines fortwährenden Aushandlungsprozesses. Notwendig ist dieser Prozess nicht zuletzt im Umgang mit neuen Technologien wie etwa künstlicher Intelligenz.

Die Hanns-Seidel-Stiftung will mit dieser Ausgabe des „politicus“ einen differenzierten Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte um die Zukunft der inneren Sicherheit liefern. Gleichzeitig wollen wir für eine Politik werben, die Sicherheit als notwendige Voraussetzung für Freiheit versteht.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



**Markus Ferber, MdEP**  
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung



**Markus Ferber, MdEP**  
Foto: HSS

# HSS SCHWERPUNKT

## NICHT MEHR SICHER

### WEITERES

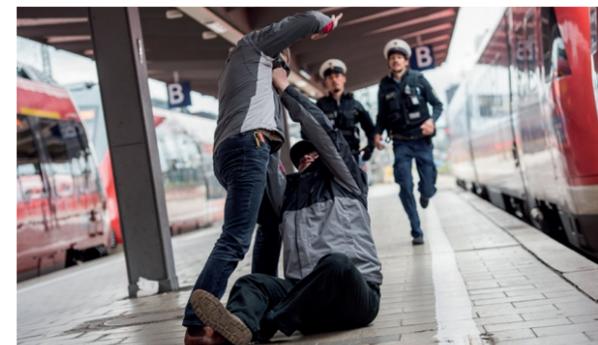
**6** **Einführender Beitrag**  
Sicherheit in der Wahrnehmungskrise –  
Neue Herausforderungen für den Staat



**24** **Interview**  
Joachim Herrmann, MdL,  
Bayerns Innenminister



**38** **Reportage**  
„Es hat sich etwas verändert“ –  
Auf Streife am Hauptbahnhof München



**54** **Politik von außen betrachtet**  
Argentiniens Kettensägen-Massaker.  
Der Wandel unter Präsident Javier Milei

**58** **Pro & Contra**  
Brauchen wir in den Schulen noch  
Prüfungen, Noten und Zeugnisse?

**60** **Was macht eigentlich ...**  
Emilia Müller

**62** **Parlamentarier online**

**64** **Rezensionen**

**66** **Damals**  
Das Recht auf Heimat –  
Vertreibung aus den Ostgebieten:  
80 Jahre Beneš-Dekrete

**70** **In eigener Sache**  
Von Muscheln und Menschen –  
Die Begabtenförderung der  
Hanns-Seidel-Stiftung

**74** **Zu guter Letzt**  
„Mut ist der Preis des Friedens“  
Franz Josef Strauß-Preis für Maia Sandu

**76** **Impressum**

**10** **Perspektive 1**  
Ein Anstieg um fast 70 Prozent –  
Politisch motivierter Extremismus in Bayern

**14** **Perspektive 2**  
Viel zu viele Einzelfälle –  
Migration und Innere Sicherheit

**20** **Perspektive 3**  
Neue Technik im Einsatz –  
Für mehr Sicherheit

**30** **Blick in die Welt**  
Leben im Risikogebiet –  
Demokratische Republik Kongo



**36** **Kommentar**  
Opferschutz vor Täterschutz –  
Eine längst überfällige Kehrtwende

# SICHERHEIT IN DER WAHRNEHMUNGSKRISE:

## NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN STAAT

### #Straftaten

6



**Autor: Dr. Benjamin Hahn** ist seit 2023 Referatsleiter für Verfassung, Europäische Integration, Innere Sicherheit der Akademie für Politik und Zeitgeschehen bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Zuvor war er als persönlicher Referent im Deutschen Bundestag tätig. Sein Studium der Staatswissenschaften absolvierte er an der Universität Passau. Anschließend arbeitete er an der Professur für Politische Theorie als wissenschaftlicher Mitarbeiter und war Gastdozent an der Pontifical University, St. Patrick's College in Maynooth (Irland).

Foto: HSS/Tobias Koch

7

# S

**Sicherheit ist eines der großen Versprechen moderner Staatlichkeit: Den Einzelnen sowohl vor Übergriffen seiner Mitbürger als auch vor staatlicher Willkür zu schützen, ist Gradmesser für staatliche Funktionalität – und damit letztlich auch für die Legitimität der Demokratie. Viel steht also auf dem Spiel.**

Ob der Staat diesem Anspruch jedoch tatsächlich gerecht wird, hängt nicht allein von objektiven Gegebenheiten ab, sondern ebenso vom subjektiven Sicherheitsgefühl seiner Bürger. Blickt man auf die polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS), so wird deutlich, dass die Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten in Deutschland über die vergangenen zwanzig Jahre hinweg gesunken ist – wenn auch mit einem leichten Anstieg nach der Corona-Pandemie. Demgegenüber steht ein besorgniserregender Befund: Das Sicherheitsgefühl der Deutschen hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. So fühlen sich laut Sicherheitsreport 2025 nur knapp 60 Prozent der Befragten in ihrem Land sicher (im Jahr 2022 waren es noch 76 Prozent). Während also die

statistische Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, sinkt, steigt gleichzeitig die Angst vor eben jenem Ereignis.

Diese Diskrepanz bedarf einer sorgfältigen Einordnung und sollte nicht vorschnell als Folge dramatisierender Berichterstattung oder vermeintlich aufgeheizter politischer Debatten abgetan werden. Sie gründet vielmehr in zwei tiefgreifenden Verwerfungen: in der veränderten Wahrnehmung des öffentlichen Raums und im Verschwimmen der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit.

## «Das Vertrauen in die Schutzfähigkeit des Staates wird fundamental in Frage gestellt.»



### Der öffentliche Raum unter Druck

Der öffentliche Raum ist nicht nur Platz für die Alltagsgestaltung der Bürger. Gerade in Demokratien ist er Ort für gesellschaftlichen Austausch, sozialen Zusammenhalt und politisches Engagement. Man denke etwa an Volksfeste, Weihnachtsmärkte oder politische Kundgebungen. Um das veränderte Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu erklären, bedarf es nicht nur eines isolierten Blicks auf die Gesamtzahl der Straftaten, sondern auch auf deren Verteilung. Auffällig ist hier der Anstieg von Gewaltdelikten, die insbesondere im öffentlichen Raum stattfinden. Diese haben allein in den vergangenen fünf Jahren um 20 Prozent zugenommen. Dazu zählen insbesondere Fälle von Sexualdelikten (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit wie Bedrohung oder Stalking.

Besorgniserregend ist dabei auch der hohe Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen sowie von Kindern und Jugendlichen. Bei Letzteren verweist das Bundeskriminalamt (BKA)

auf die steigende Verbreitung psychischer Belastungen, für die auch die Corona-Pandemie als Katalysator gewirkt haben könnte. Bei der überproportional häufigen Beteiligung von nichtdeutschen Staatsangehörigen an Straftaten dürfen die gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in den Herkunftsländern, aber auch die Fluchterfahrungen und die Bedingungen im Aufnahmeland nicht unberücksichtigt bleiben. Es ist unerlässlich, dass eine offene politische Debatte über den Zusammenhang von Migration und Sicherheit diese Faktoren miteinbezieht.

Der öffentliche Raum ist jedoch nicht nur von der in der PKS erfassten Allgemeinkriminalität bedroht. In jüngster Zeit waren es vor allem islamistische Anschläge, welche die Öffentlichkeit erschüttert haben: Solche Angriffe erfolgen meistens durch Einzeltäter, die Alltagsgegenstände („Lowtech“) wie etwa Messer oder Fahrzeuge nutzen und ihre Taten bewusst an Orten mit hohem Symbolwert und hoher Personendichte verüben. Sie werden als Teil der politisch motivierten Kriminalität gesondert erfasst. Diese hat in den vergangenen Jahren immer neue Höchststände erreicht. So haben im Zuge des Nahostkonflikts seit 2023

antisemitische Straftaten deutlich zugenommen. Zudem werden auch Amts- und Mandatsträger immer häufiger Opfer von verbalen und körperlichen Übergriffen, insbesondere aus dem rechtsextremen Spektrum.

Es lässt sich also festhalten: Einerseits verlagert sich Kriminalität in den öffentlichen Raum und damit in die unmittelbare Lebenswelt vieler Bürger. Andererseits nimmt die Zahl derjenigen zu, die nicht mehr willens sind, politische Konflikte friedlich beizulegen. Stattdessen greifen sie zu Gewalt. Die Folge ist eine Erosion des gesellschaftlichen Grundvertrauens in Sicherheit und Ordnung.



### Die neue Unübersichtlichkeit

Die zweite tiefgreifende Verunsicherung rührt vom fortschreitenden Verschwimmen der Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit her. Diese Entwicklung ist keineswegs neu. Sie erreichte mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 einen ersten Höhepunkt. Innerhalb der vergangenen zwanzig Jahre hat sich dieser Prozess jedoch nicht nur beschleunigt, sondern auch massiv ausgedehnt.

Erstens werden durch die Digitalisierung immer mehr innergesellschaftliche Bereiche einer externen Einflussnahme zugänglich – etwa durch Desinformationskampagnen oder Cyberangriffe. Zweitens erfolgen diese Eingriffe in die innere Sicherheit eines Staates zunehmend durch andere Staaten oder staatlich gelenkte Akteure, etwa im Rahmen hybrider Kriegsführung. Um dieser komplexen Bedrohungslage wirksam zu begegnen, muss der Staat seine Kapazitäten im Bereich der Cybersicherheit und der zivilen Verteidigung erheblich stärken.

## «Auffällig ist der Anstieg von Gewaltdelikten, die insbesondere im öffentlichen Raum stattfinden.»

### Das Sicherheitsgefühl nachhaltig stärken

Zusammengenommen führen die beschriebenen Umbrüche dazu, dass sich Bürger einem diffusen Geflecht aus Bedrohungen ausgesetzt sehen. Dadurch wird das Vertrauen in die Schutzfähigkeit des Staates fundamental in Frage gestellt. Wie kann der Staat dieser Entwicklung entgegenwirken? Strafrechtliche Verschärfungen, stärkere Polizeipräsenz und die Kompetenzerweiterung der Sicherheitsbehörden – etwa durch die Speicherung von IP-Adressen – können das Sicherheitsgefühl punktuell stärken. Für sich genommen greifen sie aber zu kurz, wenn sie nicht in ein breiteres sicherheits- und gesellschaftspolitisches Konzept eingebettet sind.

Vertrauen in die staatliche Sicherheitsgarantie kann nachhaltig nur durch die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz gegen externe Bedrohungen erreicht werden. Die politischen Weichen dafür zu stellen, ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit. ■



# EIN ANSTIEG UM FAST 70 PROZENT POLITISCH MOTIVIERTER EXTREMISMUS IN BAYERN

Autor: Dr. Robert Philippsberg



**In den vergangenen Jahren ist ein Wandel im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) feststellbar, der auch die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) als Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft München vor neue Herausforderungen stellt. Eine kurze Analyse.**

Die politisch motivierte Kriminalität (PMK) stellt Sicherheits- und Justizbehörden vor besondere und wechselnde Herausforderungen und hat auch in Bayern mittlerweile ein hohes Niveau erreicht. Dies gilt sowohl für die Quantität als auch für die Qualität der Verfahren.

So gab es im Jahr 2024 insgesamt 7.680 PMK-Straftaten. Gegenüber dem Vorjahr mit 8.041 Straftaten bedeutet das zwar einen leichten Rückgang um fünf Prozent. Blickt man jedoch auf einen Zeitraum von fünf Jahren, wird deutlich, dass die PMK-Zahlen von 2019 (4.560) auf 2024 um 68 Prozent gestiegen sind.

2024 verringerten sich die Straftaten in der PMK-links um 16 Prozent auf 727, in der PMK-religiöse Ideologie um 21 Prozent auf 186 und in der PMK-sonstige Zuordnung um 24 Prozent auf 2.607. Die Straftaten bei der PMK-rechts stiegen hingegen 2024 gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent auf 3.612 und bei der PMK-ausländische Ideologie um 24 Prozent auf 548.

Betrachtet man aber die vergangenen fünf Jahre in den verschiedenen Phänomenbereichen, ist lediglich in der PMK-links ein Rückgang von 938 Straftaten im Jahr 2019 auf 727 im Jahr 2024 zu verzeichnen, was einer Reduktion um 22 Prozent entspricht. Bei allen anderen Phänomenbereichen gibt es zwischen 2019 und 2024 eine prozentuale Steigerung der Straftaten, besonders in den Phänomenbereichen ausländische Ideologie (+ 155 Prozent), religiöse Ideologie, (+ 169 Prozent) und sonstige Zuordnung (+ 212 Prozent). Unter der sonstigen Zuordnung finden sich insbesondere Taten aus dem Reichsbürger-Milieu, aber auch aus dem verschwörungsideologischen Umfeld, das im Zuge der Coronapandemie einen deutlichen Zulauf erhalten hat.<sup>1</sup>

Im Hinblick auf die Entwicklung extremistischer Gewalttaten im Bereich der PMK ist für 2024 ein Rückgang zu verzeichnen. Eine Entwarnung bedeutet das allerdings nicht, da lediglich das Hellfeld abgebildet wird. Zudem sanken die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2024 nur moderat von 52 im Vorjahr auf 39.<sup>2</sup>

**Autor:**  
**Dr. Robert Philippsberg**  
Wissenschaftlicher Referent  
in der Bayerischen Zentral-  
stelle zur Bekämpfung von  
Extremismus und Terrorismus  
(ZET) bei der Generalstaats-  
anwaltschaft München



Foto: Philippsberg

## Aktuell größte Herausforderungen

Eine besondere Herausforderung stellte im Jahr 2024 der Bereich „sonstige Zuordnung“ dar, der sehr vielfältige und unterschiedliche Phänomene in sich vereint. Große Medienresonanz erfuhren die vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführten Verfahren gegen vermeintliche russische und chinesische Spione, aber auch gegen Reichsbürger der Kaiserreichsgruppe und der Patriotischen Union um den Prinzen Reuß. Im Fokus der Medien stand außerdem der durch die Polizei vereitelte Anschlag auf das israelische Generalkonsulat in München am 5. September 2024, der aus einer israelfeindlichen Motivation heraus begangen wurde.

Verfahren, die unter diesen Phänomenbereich fallen, sind vielfältig. Sie umfassen im Wesentlichen fünf Fallgruppen:

1. Reichsbürger, „Kaiserreichsgruppe“ und „die „Patriotische Union“ um den Prinzen Reuß. Letztere Gruppe plante, im Jahr 2022 einen politischen Umsturz in Deutschland herbeizuführen, Abgeordnete und Minister mit Waffengewalt aus dem Reichstag in Berlin zu entführen, die Bundesregierung zu stürzen und durch eine Räteregierung zu ersetzen. Ausgeführt

Anfang 2025 zerstörten mutmaßlich linksradikale Brandstifter 23 Polizeifahrzeuge in München.  
Foto: Imago/Smith



Auch propalästinensische Demonstrationen wie hier in Paris arten oft in Gewalt aus.  
Foto: Adobe Stock/Rima



Straßenschlachten linksradikaler Chaoten drohen oft am 1. Mai, wie hier in Berlin 2021.  
Foto: IMAGO/Nicolaj Zownir



Bild oben  
Kalifatsdemo in Hamburg 2024.  
Foto: IMAGO/Blaulicht News



Bild links  
Polizeieinsatz bei einer Demonstration.  
Foto: Adobe Stock/Animaflorea PicsStock

und gesichert durch von den Tätern ins Leben gerufene „Heimatschutzkompanien“, die mit aktiven oder ehemaligen Soldaten oder Polizeibeamten besetzt und bewaffnet werden sollten.

2. Mutmaßliche Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste in Bayern, insbesondere an Bundeswehrliegenschaften.

3. Junge Amoktäter mit diffuser Motivlage: Im Jahr 2024 führte die ZET drei Ermittlungsverfahren gegen junge Amoktäter; ein Phänomenbereich, der bisher allenfalls sporadisch aufschien. Derartige Taten sind zwar selten, lösen aber ein erhebliches Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung aus. Außerdem fallen die Täter vor der Tat nur selten durch strafrechtlich relevantes Verhalten auf.

4. Kriminelle Vereinigung von Corona-Leugnern und Verschwörunganhängern auf Telegram.

5. Klimaaktivisten: Ein besonderer Fall ist das Ermittlungsverfahren gegen sechs Mitglieder der Letzten Generation wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB. Insbesondere das Blockieren von Straßen und Verkehr zum Zweck von Klimaprotestaktionen hatte in der Bevölkerung für kontroverse Diskussionen gesorgt.

**Verbesserung der Ermittlungsmöglichkeiten**

Aus der Praxis der Strafverfolgung leitet die ZET einige Forderungen ab, deren Umsetzung effektive Ermittlungen befördern würde – darunter neue Möglichkeiten im Umgang der Sicherheitsbehörden mit verschlüsselter Kommunikation. Diese verläuft häufig über die viel genutzten Messengerdienste wie WhatsApp und Telegram, die über eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verfügen. Herkömmliche Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung für unverschlüsselte Kommunikationswege laufen daher häufig ins Leere. Außerdem stellt die sogenannte „Quellen-TKÜ“, welche die Kommunikation erfasst, bevor diese verschlüsselt wird oder nachdem diese entschlüsselt wurde, sowie die „Online-Durchsuchung“ die Sicherheitsbehörden vor hohe rechtliche und technische Herausforderungen. Daher sollten Anbieter von Messengerdiensten gesetzlich verpflichtet werden, die über ihre Dienste stattfindende Kommunikation unter bestimmten strengen rechtlichen Voraussetzungen unverschlüsselt an die Sicherheitsbehörden zu übermitteln.

Eine weitere Forderung der ZET besteht in der verpflichtenden Speicherung von IP-Adressen durch Dienstanbieter. Die IP-Adressen stellen oftmals den einzigen Ermittlungsansatz zur Identifizierung von Tätern dar. Gegenwärtig besteht aber keine Speicherverpflichtung. Manche Anbieter speichern die IP-Adressen freiwillig, teilweise bis zu sieben Tage, andere weniger oder gar nicht. Deshalb bedarf es einer einheitlichen, verpflichtenden Mindestspeicherdauer der IP-Adressen gemäß dem EuGH-Urteil vom April 2024.

**Fazit**

Die PMK in Bayern hat sich, trotz Schwankungen, auf einem hohen Niveau stabilisiert. Straftaten aus dem Phänomenbereich „sonstige Zuordnung“ haben die ZET zunehmend beschäftigt. Insbesondere aus dem Umfeld der Reichsbürger, aber auch von jugendlichen Amok-Tätern wurden schwere Straftaten begangen oder vorbereitet. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsmöglichkeiten könnten jedoch durch geeignete Instrumente deutlich verbessert werden, um mit technologischen Neuerungen Schritt halten zu können. —

**Anmerkungen:**

- <sup>1</sup> Bayerischer Landtag (2025): Antwort der Staatsregierung auf Anfrage zum Plenum des MdL Cemal Bozoğlu anlässlich der Plenarwoche in der 8. KW 2025, LT-Drucksache Bayern 19/5191, München, 17. Februar 2025, S. 6.
- <sup>2</sup> Bayerische Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration (Hrsg.) 2025: Verfassungsschutzbericht 2024, S. 147, München.



# VIEL ZU VIELE EINZELFÄLLE MIGRATION UND INNERE SICHERHEIT

Autor: Manuel Ostermann



**Autor:**  
**Manuel Ostermann**  
Erster stellvertretender Bundes-  
vorsitzender der DPoIG  
Bundespolizeigewerkschaft

Foto: Ostermann

## D

**Deutschland steckt mitten in einer anhaltenden Migrationskrise, die sich vor allem durch die Überforderung im Sozialstaat und bei der Kriminalität bemerkbar macht.**

Wir müssen verstehen, dass der Weg aus dieser Krise sowohl ein Sprint wie auch ein Marathon ist. Blicken wir aber zunächst auf die Zahlen. Die Migrationskrise hat nicht wie allgemein behauptet 2015, sondern bereits mit dem Syrienkrieg ab 2011 begonnen. Darum sprechen wir als Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) auch immer wieder davon, dass wir wenigstens das Niveau von 2011 mit insgesamt 21.156 unerlaubten Einreisen erreichen müssen. Denn ab Mitte 2011 begann die sich durch die weltweit ausgestrahlten Bilder selbst verstärkende Flucht aus aller Herren Länder. Kein Wortspiel: Denn es waren zumeist junge Männer, die kamen.

### Die Zahlen lügen nicht

2015 waren es 476.640 Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben. 2016 erreichte die Zahl mit 745.545 Erst- und Folgeanträgen ihren bisherigen Höchststand. 2017 nahm das Bundesamt insgesamt 222.683 Erst- und Folgeanträge auf Asyl entgegen, 2018 waren es 185.853 Anträge, 2019 noch 165.938 Anträge und 2020 insgesamt 122.170. In den vergangenen Jahren stiegen die Zahlen wieder rasant, zuletzt 2024 auf 250.945. In den vier Jahren bis 2024 stellte allein die Bundespolizei 365.891 Menschen fest, die unerlaubt über die Grenze gekommen sind.

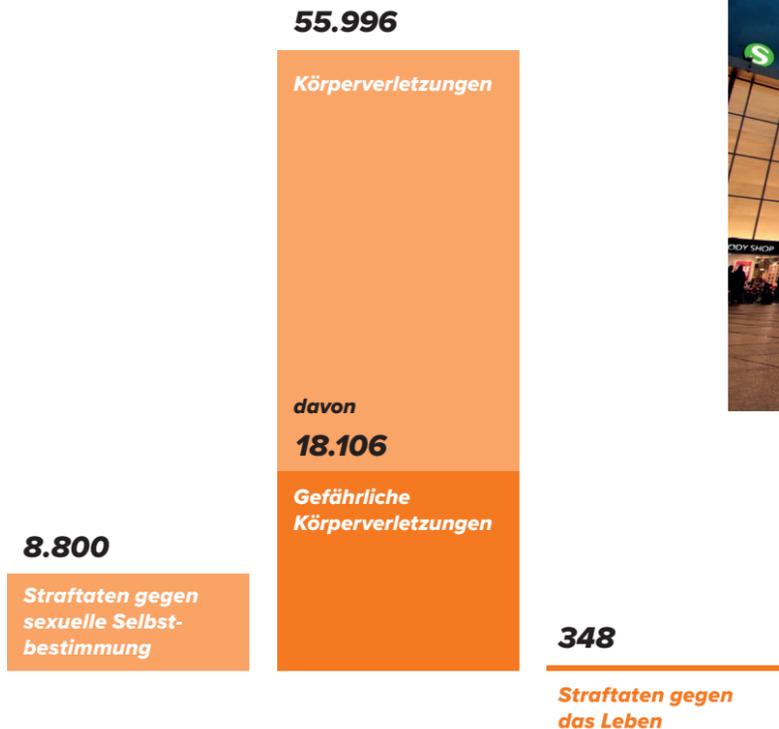
Wir sehen schon hier eindrucksvoll, dass die Notwendigkeit einer Eindämmung des Migrationsdrucks nach Deutschland zwingend geboten ist, wenn Jahr für Jahr eine Großstadt einwandert. Mit weit über einer Million ukrainischen Staatsangehörigen nach Kriegsbeginn 2022 wurde und wird die infrastrukturelle Lage in Deutschland noch weiter verschärft. So kommt es, dass wir in Deutschland weit über unseren vorhandenen Ressourcen zur Aufnahmefähigkeit geflüchteter Menschen leben.

Ich möchte hier vor allem die Kriminalitätsstatistik und damit auch die Kriminalitätsbelastung ausgehend durch die Migrationskrise beleuchten. Ich spreche ja ausdrücklich von einer Kriminalitätskrise im Zusammenhang mit dem anhaltenden Migrationsdruck auf Deutschland. Auch hier sind die Zahlen ziemlich deutlich.

So gibt das Bundeslagebild des Bundeskriminalamtes (BKA) im Kontext von Zuwanderung mit Fokus auf Fluchtmigration für das Jahr 2023 einen eindrucksvollen Beleg dafür. Ich möchte nur mal ein paar Zahlen aus dem Jahr 2023 in den Raum stellen: 8.800 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gab es durch Zuwanderer (nicht EU) in 365 Tagen. Das sind 24 Sexualdelikte pro Tag. 761 Gruppenvergewaltigungen – also 2 pro Tag –, davon 48 Prozent nichtdeutsche (nicht explizite Zuweisung auf Zugewanderte) Tatverdächtige.

**Grafik:**  
**Straftaten durch**  
**Zuwanderer**  
**(Nicht EU) im**  
**Jahr 2023**

Grafik: HSS/R.Vogel



*In München fuhr am 13. Februar 2025 ein 24-jähriger Afghane mit seinem Auto in eine Gruppe von Demonstranten, wobei mindestens 38 Personen verletzt wurden, einige davon schwer. Zwei Menschen, eine Mutter und ihre zweijährige Tochter, erlagen später den Verletzungen des islamistischen Anschlags.*

Foto: IMAGO/Sven Simon

*Großes Foto links: Zum Jahreswechsel 2015/2016 endete die Migrationsromantik jäh auf der Kölner Domplatte. Mehr als 600 Frauen wurden dort Opfer sexueller Übergriffe durch Hunderte Migranten, mehr als 1.200 Straftaten wurden angezeigt. Kaum ein Täter wurde gefasst.*

Bild: IMAGO/Ralph Peters

Weiter wurden durch Zuwanderer 55.996 Körperverletzungsdelikte, davon 18.106 schwere oder gefährliche Körperverletzungsdelikte registriert. 348 Straftaten gegen das Leben. Organisierte Kriminalität, terroristische Taten und andere Delikte sowie Jugendkriminalität sind nicht mit aufgeführt. Nicht minder bedenklich ist der Anstieg antisemitischer Taten.

**Verwässern hilft nicht**

Wir erleben auch 2024 in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) einen rasanten Zuwachs insbesondere im Bereich Straftaten gegen Leib und Leben, sowie im Bereich der Sexualdelikte. 79 Messerdelikte pro Tag, 36 Sexualdelikte pro Tag und 595 Gewaltdelikte pro Tag sprechen eine sehr deutliche Sprache. Zur Wahrheit gehört auch hier, dass im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Menschen aus den Asylhauptherkunftsländern überrepräsentiert sind.

Selbstverständlich kann Politik versuchen, die erschreckenden Zahlen zu verwässern. Selbstverständlich können wir die Realität der Menschen ausblenden und selbstverständlich können wir die Migrationskrise als Kriminalitätskrise leugnen. Die Kriminalitätsfurcht, der kollektive Freiheitsverlust und die Verrohung in Teilen unserer Gesellschaft wird das aber nur befeuern. Der Anteil von nichtdeutschen Straftatverdächtigen spricht einfach eine deutliche Sprache. Auch müssen wir festhalten, dass Deutschland Anschlag auf Anschlag erlebt und wir mittlerweile so weit sind, dass vor lauter „Normalität“ die ganzen Messerangriffe, Gewalt- und Sexualdelikte nur noch als „Tagesmeldung“ abgeheftet werden.

Politisch sucht man permanent nach Ausreden und scheinheiligen Begründungen für diese Entwicklungen. Die Menschen sind dem längst überdrüssig. Es braucht Lösungen und keine Ausreden. Kriminalität wird nicht durch fehlgeleitete politische Korrektheit bekämpft, sondern durch Realismus und Konsequenz im Handeln. Die Politik hat das Schutzversprechen für die eigene Bevölkerung zu garantieren und nichts anderes.

**Was ist zu tun?**

Es ist in diesen wenigen Zeilen zu komplex, die sicherheitspolitische Kehrtwende genau zu definieren, aber einige Grundsätze möchte ich hier festhalten. Eine logische Konsequenz aus dieser Entwicklung wäre eine Abschiebeoffensive und konsequente Zurückweisungen an unseren Binnengrenzen. Die Entscheidung der Bundesregierung und allen voran die Anweisung von Bundesinnenminister Dobrindt, geltendes Recht nach zehn Jahren wieder Anwendung finden zu lassen, ist hier ein wichtiger erster Schritt. Weiter braucht es ein faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Dokumente.

Zudem ist die sofortige Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen notwendig. Die Durchsetzung von Haftbefehlen zum Zwecke der Ausweisung beziehungsweise Abschiebung sollte eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit sein. Ist es aber aktuell nicht. Deshalb muss Infrastruktur geschaffen, Bürokratie abgebaut und die Bundespolizei die Zuständigkeit im Aufenthaltsgesetz bekommen. Die Verbringung in einen bundeseigenen-

Ausreisegewahrsam zum Zwecke der Durchsetzung der Ausreisepflicht muss installiert werden, mit der Dauer von mindestens bis zu sechs Monaten nach richterlicher Anordnung. Nur am Rande: Über 40.000 vollziehbar ausreisepflichtige Migranten leben in Deutschland, weil sie untergetaucht sind oder Passersatzpapiere nicht beschafft werden konnten.

Außerdem sollte das Aufenthaltsrecht für Straftäter und Gefährder verschärft werden. Die Anwendung des Ausweisungsinteresses des Staates gemäß § 54 Aufenthaltsgesetz, also auch Abschiebungen, müssen insbesondere in diesen Fällen konsequent und ohne Verzug erfolgen. Auch nach Afghanistan und Syrien.

Aber auch die Pull-Faktoren müssen abgeschafft werden. Denn warum ist Deutschland Zielland Nummer eins? Ja, Kritikern treibt es schon beim Wort „Pull-Faktor“ die Zornesröte ins Gesicht, aber es gibt eben Anreize, warum so viele in Deutschland einreisen wollen: Das hohe Niveau für die Versorgung und Unterbringung von Migranten.

*Trauermarsch und Ehrenspeer von Polizei und Rettungskräften in Mannheim für den von einem afghanischen Islamisten mit einem Messer ermordeten Polizisten Rouven Laur. Fünf weitere Männer wurden verletzt.*

*Bild: picture alliance/dpa/Uwe Anspach*

*Kleines Foto rechts: Messerangriffe haben in Deutschland deutlich zugenommen, obwohl sie erst seit kurzem gesondert erfasst werden.*

*Bild: AdobeStock/Rawf8*



**«Die Zahlen der Übergriffe auf Polizisten (und andere Rettungskräfte) gehen dramatisch in die Höhe und mit steigender Brutalität – nicht nur, aber auch durch Migranten.»**

**Falsches Misstrauen**

Abschließend will ich noch auf das strukturelle Misstrauen blicken, welches Teile der Politik immer wieder der Polizei entgegenbringen, etwa durch den von der Ampelregierung neu installierten Polizeibeauftragten des Bundes. Dieser kommt aufgrund seiner parallelen Ermittlungs- und Kontrollkompetenzen neben Justiz, Staatsanwaltschaften und Behörden einem parlamentarischen Kontrollorgan gleich und muss deshalb nach meiner festen Überzeugung im Grundgesetz verankert werden. Anders als in den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg, in denen der Polizeibeauftragte nur eine vermittelnde Rolle einnimmt.

Dieser Beauftragte in Verbindung mit dem neuen Bundesdisziplinalgesetz öffnet politischer Willkür Tür und Tor. Der Fall des aufgrund medialer Falschbehauptungen versetzten Chefs des Bundesamtes für Informationssicherheit, Arne Schönbohm, ist hier ein herausragendes Beispiel. Laufbahnbeamte werden so künftig indirekt zu politischen Beamten – und man kann überdies Beamte ohne rechtskräftiges Urteil per Disziplinarverfügung aus dem Dienst entfernen. Eine reale Gefahr für die Gewaltenteilung.

Auch die öffentliche Debatte über strukturellen Rassismus in der Polizei, welche durch Teile der Politik allzu oft befeuert wird, dient nicht der Stärkung der Sicherheitsbehörden. Diese pauschalen Anschuldigungen sind unbegründet, in Teilen unverschämte und nachweislich nicht richtig. Wir haben durch innerbehördliche Strukturen und unsere unabhängigen Staatsanwaltschaften genug Kompetenz, um Einzelfälle lückenlos aufzuklären und anschließend disziplinar oder strafrechtlich einzuordnen. Die Polizei ist transparent und eine lernende Organisation. Besonders bizarr dabei: Der Polizei vertrauen laut Forsa-Umfrage Anfang 2025 immerhin 81 Prozent der Bürger, den sie gängelnden Parteien dagegen nur 15 Prozent. Aber kontrolliert werden soll – die Polizei!

Ein Problem, welches in diesem Zusammenhang leider auch viel zu wenig thematisiert wird, ist Gewalt gegen die Polizei. Die Zahlen der Übergriffe auf Polizisten (und andere Rettungskräfte) gehen dramatisch in die Höhe und mit steigender Brutalität – nicht nur, aber auch durch Migranten. Hier muss die Politik ran, denn jeden Tag werden mehr als 300 Polizisten zu Opfern von Straftaten, also alle 5 Minuten, darunter 54 von Gewalttaten. Was für eine katastrophale Entwicklung.

**Ernüchterndes Fazit**

Bleibt festzuhalten: Die Politik der vergangenen Jahre begünstigt durch falsch verstandene Korrektheit gegenüber straffälligen Migranten, das Ignorieren von Fakten, unnötiges Misstrauen gegenüber der Polizei, überbordende Bürokratie, unzureichende Personalpolitik und fehlende oder falsche Prioritäten die Kriminalität hierzulande. Der Staat, der die Sicherheit seiner Bürger garantieren muss, ist dadurch schwach geworden.

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Nach meiner Einschätzung haben wir für eine innenpolitische Kehrtwende nur noch diese eine Chance. Nutzen wir diese nicht, dann werden am Ende nur diejenigen davon profitieren, die es mit Deutschland nicht gut meinen und das können wir schlicht niemals zulassen. Es ist also in unser aller Verantwortung, Deutschland wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen. —



**Manuel Ostermann:**  
**„Deutschland ist nicht mehr sicher: Wie unsere Polizei zwischen Politik und Straße aufgegeben wird.“**

Deutscher Wirtschaftsbuch Verlag,  
 Neuburg 2025,  
 ISBN 978-3-690-66036-5.

# NEUE TECHNIK IM EINSATZ FÜR MEHR

# S I C H E R H E I T

Autoren: Dr. Günter Krings, MdB, und Irka Krüger

# D

**Die Digitalisierung verändert unser Leben und auch das Strafrecht. Die Strafverfolgung wird insoweit vor neue Herausforderungen gestellt. Die Politik muss dafür Lösungen liefern.**

In einer zunehmend digitalisierten Welt spielen moderne Technologien auch eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Cyberkriminalität und digitale Beweismöglichkeiten verändern Ermittlungen und auch die Strafverfolgung. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Ermittler den Tätern in Sachen Technik nicht hinterherhinken. Neue Technologien bieten Chancen für die Kriminalitätsbekämpfung.

**«Digitale Beweismöglichkeiten verändern Ermittlungen und Strafverfolgung.»**



### Prävention von sexuellem Missbrauch

Beispiel „Kinderpornografie“: Während vor der digitalen Zeitenwende sogenannte Kinderpornografie, hinter der immer ein realer Missbrauch steht, mittels Bildausdrucken oder schlecht kopierten Videokassetten verbreitet wurde, finden derartige Taten nunmehr – in viel größerer Zahl – im digitalen Raum statt. Insbesondere bei diesen Straftaten kann die IP-Adresse der zur Tatbegehung genutzten Internetverbindung der einzige Ermittlungsansatz zur Identifizierung des unbekanntes Täters sein. Wenn diese IP-Adresse mangels Speicherung keinem Anschlussinhaber zugeordnet werden kann, wird die Tat nicht aufgeklärt – und das Opfer bleibt so nicht selten weiter in den Fängen

der perversen Täter. Ohne Regelung einer Mindestspeicherfrist sind Ermittlungserfolge also vom Zufall abhängig. Im Jahr 2022 wurden etwa 20.000 aus den USA gemeldete strafrechtlich relevante Vorgänge mangels Möglichkeit der Identifizierung des Täters vom Bundeskriminalamt zur Einstellung übermittelt. Datenschutz darf aber nicht zum Täterschutz werden. Und schon gar nicht, wenn Kinder die Opfer sind. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Speicherfrist für IP-Adressen von drei Monaten ist dringend notwendig und muss daher schnell umgesetzt werden.

Wenn Täter ermittelt werden können und Durchsuchungen stattfinden, stehen die Ermittler bei der Beweismittelauswertung vor neuen Herausforderungen, da Computer und

Elektronische Fußfesseln können rechtzeitig vor Straftätern warnen.

Foto: Adobe Stock/OMIA

Bild rechts:

Die IP-Adressen sind die Fingerabdrücke des Internets, darum sind längere Speicherfristen erforderlich.

Foto: Adobe Stock/Iryna



## «Zur zügigen Auswertung der Beweismittel kann die KI helfen.»

Handys bereits Speicherkapazitäten im Giga- bis Tera-byte-Bereich haben können. Damit die Auswertung der Beweismittel nicht Jahre dauert, kann hier die KI helfen, Bilder zu sichten.

Für die Opfer von sexuellem Missbrauch ist es unerträglich, dass Tatbilder noch Jahre später im Internet zu finden sind. Moderne Technologien können dabei helfen, diese Bilder aufzuspüren. Wir treten daher dafür ein, technisch ausgereifte und zuverlässige Maßnahmen umzusetzen, die (fortgesetzten) sexuellen Missbrauch verhindern und die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen unterbinden. Dies setzt voraus, dass Aufdeckungsanordnungen derzeit auf die Suche mit (robusten) Hash-Werten nach bekannten und eindeutig strafbaren Missbrauchsdarstellungen beschränkt werden.

Durch diese Einschränkungen schließen wir falsche Verdächtigungen grundsätzlich aus und wahren die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den Schutz der Grundrechte sowohl der Nutzer als auch der zu schüt-

zenden Kinder. Klar ist insoweit, dass ein Einsatz erst erfolgen kann, sobald die Technik hinreichend ausgereift ist. Daher muss aktuell eine Suche nach noch nicht bekannten Bildern wegen des Verdachts auf strafbare Inhalte bisher ausscheiden.

### Aufklärung schwerer Straftaten

Auch für die Aufklärung von anderen schweren Straftaten müssen die Ermittler mit der Zeit gehen können. So zeigt die Fahndung der RAF-Terroristin Klette, dass auch der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware zur Aufklärung schwerer Straftaten beziehungsweise zu Fahndungszwecken zugelassen werden muss – zum Beispiel auch auf Social-Media-Plattformen. Denn die Fortschritte in der Gesichtserkennungstechnologie sind beeindruckend. Es war daher ein wichtiger Schritt, im Koalitionsvertrag zu vereinbaren, dass unsere Sicherheitsbehörden für bestimmte Zwecke die automatisierte Datenrecherche und -analyse sowie den nachträglichen biometrischen Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten, auch mittels Künstlicher Intelligenz, vornehmen können.

**Autor:**  
**Dr. Günter Krings, MdB**  
Stellvertretender  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag,  
zuständig für Innere  
Sicherheit und Recht



**Autorin:**  
**Irka Krüger**  
Referentin in der  
Arbeitsgruppe  
Recht in der  
CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen  
Bundestag



Fotos:  
Tobias Koch; Irka Krüger

## «Der Einsatz von Software zur Gesichtserkennung muss zu Fahndungszwecken zugelassen werden.»

Moderne Technologien können jedoch nicht nur bei der Aufklärung von Straftaten und bei der Fahndung nach den Tätern helfen. Sie bieten auch eine gute Möglichkeit, Opfer vor weiteren Taten zu schützen. So ist die für den Koalitionsvertrag vorgesehene bundesweite Einführung der elektronischen Fußfessel nach dem sogenannten Spanischen Modell für Gewalttäter ein wichtiger Schritt zum Schutz von Opfern, insbesondere von Frauen.

Die Politik hat also erkannt, dass Ermittler gleichlaufende Befugnisse in der digitalen Welt haben müssen wie in der analogen Welt. Daher wurden nicht nur die oben genannten Befugnisse im Koalitionsvertrag verankert, sondern auch Maßnahmen wie die Funkzellenabfragen, die Quellen-Telekommunikationsüberwachung für die Bundespolizei zur Bekämpfung schwerer Straftaten sowie der Einsatz von automatisierten Kennzeichenlesesystemen im Aufzeichnungsmodus.

### Einbindung zukünftiger technische Entwicklungen

Dem Gesetzgeber wird aber auch künftig die Arbeit nicht ausgehen. Da sich die Technik immer weiterentwickeln wird, wird eine stetige Anpassung auch in Zukunft notwendig sein. Denn die Integration neuer Technologien in die Sicherheitsarbeit bietet enorme Chancen zur Kriminalitätsbekämpfung. Soweit möglich müssen wir aber versuchen, Befugnisnormen technikneutral auszugestalten, um ein allzu kurzatmiges und permanentes Nachsteuern des Gesetzgebers überflüssig zu machen. Unseren Sicherheitsbehörden bestimmte digitale Instrumente hingegen generell aus Angst vor denkbarem Missbrauch zu verweigern, ist dabei weder geboten noch vernünftig. Denn das verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeitsprinzip und die strenge Rechtsbindung unserer Staatsbeamten bleiben starke Wächter für die Freiheit unbescholtener Bürger und die Rechtsstaatlichkeit. Sie gewährleisten den verantwortungsvollen Umgang unserer Ermittler mit ihren gesetzlichen und technischen Befugnissen. —

# «**DIE EINZIGE SPRACHE, DIE STRAFTÄTER VERSTEHEN**»

Interview mit Bayerns Innenminister  
Joachim Herrmann (CSU)

24 Die Kriminalität ist laut Statistik nicht gestiegen, dennoch wird die Lage der Inneren Sicherheit von sehr vielen Bürgern als schlechter wahrgenommen. Klar ist: Die Art der Straftaten hat sich verändert: mehr Gewalt, mehr Sexualstraftaten, mehr Messerattacken, mehr Angriffe auf Einsatzkräfte, mehr Antisemitismus – und leider auch mehr Terrorattacken. Unter den Tatverdächtigen sind immer mehr Migranten sowie mehr Kinder und Jugendliche. Wir haben mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann über die Sicherheit im Freistaat gesprochen.

**politicus:** Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert, auch in Bayern. Zwar ist die Kriminalität insgesamt gesunken – auch durch die Cannabis-Legalisierung. Aber insbesondere Gewaltkriminalität (+5,2 Prozent zu 2023), Sexualdelikte (+6,6 Prozent) und Bedrohungen (+3,3 Prozent) stiegen deutlich an, noch viel mehr, wenn man die Zahlen über mehrere Jahre vergleicht. Es gibt auch mehr Orte, an die sich insbesondere Frauen vor allem nachts nicht mehr trauen: Parks, Bahnhöfe, Züge, auch in München, Regensburg oder Nürnberg. Wie beurteilen Sie die Sicherheitslage?

**Innenminister Joachim Herrmann:** Man muss hier zunächst wirklich sorgfältig differenzieren und sich die Lage genau anschauen. Das eine sind objektive Daten, das andere sind Fragen des Sicherheitsgefühls – beides nehmen wir sehr ernst. Klar ist aber, die Kriminalität ist heute niedriger als vor 20 Jahren. Das ist unbestreitbar, trotz einer zum Teil anderen medialen Darstellung. Wir sind hier in Bayern das sicherste aller Bundesländer und haben die mit Abstand niedrigste Kriminalitätsbelastung bei gleichzeitig höchster Aufklärungsquote. Wir haben in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Entwicklungen: Manche Delikte

sind zurückgegangen, andere sind gestiegen. Dazu gehört zum Beispiel die Gewaltkriminalität. Zwar ist die Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum 2024 gegenüber 2023 um 1,1 Prozentpunkte gesunken. Wir nehmen jedoch besonders diesen Deliktsbereich, seine Entwicklungen und das damit einhergehende und oftmals negative Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sehr ernst. Darum kümmern wir uns, zum Beispiel im Alten Botanischen Garten in München mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Man muss aber feststellen, dass die Gewalt im privaten Raum natürlich emotional viel belastender und unmittelbarer wahrgenommen wird. Die



Kein gutes Land für Kriminelle: Die bayerische Polizei hat mit zuletzt 64,9 Prozent unter allen Bundesländern die beste Aufklärungsquote bei Straftaten – im Bundesschnitt liegt sie nur bei 58,0 Prozent. Schlusslicht ist Berlin mit 45,5 Prozent.  
Foto: Bayerische Polizei

25

«**Uns ist wichtig, dass wir weiterhin alles dafür tun, dass die Menschen möglichst sicher leben können.**»

meisten Menschen erleben einen Einbruchsdiebstahl in der eigenen Wohnung natürlich als schlimmeren Angriff und größere psychische Belastung als wenn jemand Opfer eines Taschendiebstahls am U-Bahnhof wird. All das muss man in eine Gesamtgewichtung mit einfließen lassen. Uns ist wichtig, dass wir weiterhin alles dafür tun, dass die Menschen möglichst sicher leben können. Insgesamt haben wir da in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine durchaus positive Entwicklung. Demgegenüber registrieren wir einen deutlich gestiegenen Anteil von nichtdeutschen Tatverdächtigen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen. Der lag im vergangenen Jahr

bei 41,0 Prozent (bezogen auf die Straftaten insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße) und damit 1,4 Prozentpunkte über dem Wert von 2023. Natürlich wird nicht jeder Ausländer kriminell, aber in Relation zum Bevölkerungsanteil deutlich zu viele.

Besteht ein Zusammenhang zwischen der unkontrollierten Migration seit 2015 und den genannten Delikten beziehungsweise der veränderten Sicherheitslage? Die neue polizeiliche Kriminalstatistik ist doch ziemlich eindeutig: Ohne diese Zuwanderung gäbe es viele Opfer von Straftaten nicht.

Esgibt da die unterschiedlichsten Phänomene und Erklärungsansätze. Wir haben auf jeden Fall Deliktsbereiche, bei denen gerade in den vergangenen Jahren Zuwanderer maßgeblich beteiligt waren. Klar ist auch, dass der Anteil von nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen

deutlich gestiegen ist, kontinuierlich, und zwar weit stärker als der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Das ist eine besondere Herausforderung. Die Polizei arbeitet nicht nur intensiv daran, sie legt zudem sehr großen Wert auf die Prävention – gerade, um bei grenzüberschreitend tätigen Kriminellen erfolgreich zu sein. Zum Beispiel gegen Banden aus dem Balkan, die nur mit dem Ziel nach Deutschland einreisen, um Straftaten wie etwa Einbruchsdiebstähle zu verüben. Und dann mit der Beute wieder in ihre Heimat abhauen. Hier entfalten auch die Grenzkontrollen ihre Wirkung, weil Kriminelle beim Grenzübertritt dann sowohl bei der Ein- wie bei der Ausreise gefasst werden können.

**Aber eher keine australischen Austauschstudenten, wie ein ARD-Moderator kürzlich meinte?**

Das ist richtig (lacht). Es gibt schon Unterschiede hinsichtlich mancher Herkunftsländer. Menschen aus anderen europäischen Ländern sind wie wir ganz überwiegend in anderen rechtsstaatlichen Verhältnissen aufgewachsen. Sie haben ein anderes Rechtsbewusstsein als das eben bei manch anderen Herkunftsländern der Fall ist. Dies spüren wir auch am

Ausmaß der Kriminalität, vor allem daran, inwieweit ein Hang dazu besteht, Meinungsverschiedenheiten oder gar Streit mit Gewalt auszutragen. Hier können wir schon positiv feststellen, dass wir insgesamt eine der friedlichsten Gesellschaften weltweit entwickelt haben. Das Risiko, Opfer von Mord oder Totschlag zu werden, ist in Deutschland nur ein Achtel so hoch wie zum Beispiel in den USA, von Ländern der Dritten Welt gar nicht zu reden. Wir haben insgesamt in Deutschland und Europa ein sehr positives Niveau der Gewaltfreiheit entwickelt. Deshalb fallen Menschen, die aus anderen Teilen der Welt zu uns kommen, mit einer anderen Sozialisation, anderen Gewohnheiten und Rechtsauffassungen umso mehr auf.

**Laut BKA vom April ist die Zahl der Gefährder, also der Menschen, denen die Behörden jederzeit einen Anschlag zutrauen, bei den Islamisten mit 458 weit höher, als die Zahl der 74 rechts- und 10 linksradikalen Gefährder. Auch der Großteil der Anschläge der vergangenen Jahre stand mit Islamisten in Verbindung. Dennoch wird weiter behauptet, die größte Gefahr käme von Rechtsextremisten. Sollten Politik und Behörden ihre Prioritäten nicht ändern?**

Wir können für die bayerischen Sicherheitsbehörden klar sagen: Sie kümmern sich intensiv um Extremismus jeglicher Couleur in unserem Land. Der Islamismus ist ganz stark im Blickfeld unserer Sicherheitsbehörden aus Polizei, Landeskriminalamt und Landesamt für Verfassungsschutz. Ohne dass sie deswegen die Gefahren des Rechts- oder Linksextremismus gering einschätzen würden. Die größere Bedrohung durch islamistische Gefährder ist in der Tat gegeben. Aber die Zahlen geben auf der anderen Seite auch keinen Anlass, den Rechtsextremismus zu vernachlässigen. Wir bekämpfen jedenfalls alle Formen von Extremismus bestmöglich.

**Bestimmte Taten können nur Rechtsextremisten begehen, etwa Propagandadelikte, weil zwar das Hakenkreuz, aber nicht Hammer und Sichel oder auch gewisse islamistische Zeichen verboten sind. In Nordrhein-Westfalen waren beispielsweise 78 Prozent aller rechtsextremen Vorfälle solche Propagandadelikte und Volksverhetzung. Verfälscht das nicht die Statistik und die vermeintliche Bedrohungslage?**

Ja, aber das ist nun mal aufgrund unserer Geschichte ganz bewusst vom Gesetzgeber unter Strafe gestellt worden. Und diejenigen, die ein Hakenkreuz verwenden, machen es ja absichtlich. Übrigens haben wir in anderen Bereichen auch die Verwendung von Kennzeichen verboten, wenn ich zum Beispiel an die PKK denke. Das wird entsprechend verfolgt und taucht in diesen Zahlen ebenfalls auf. Auch die rechtsextreme Bedrohung ist zweifelsfrei vorhanden und gefährlich. Das sehen wir an den laufenden Prozessen wie zum Beispiel gegen die Reichsbürgerbewegung. Wer schwere Anschläge wie in Berlin geplant hat, den Bundestag stürmen wollte und sogar bereit war, dort Menschen zu erschießen, liefert wahrlich keinen Grund, ihn in irgendeiner Weise zu verharmlosen.

**«Das Risiko, Opfer von Mord oder Totschlag zu werden, ist in Deutschland nur ein Achtel so hoch wie zum Beispiel in den USA.»»**

**Der Schutz öffentlicher Veranstaltungen ist für private oder kommunale Veranstalter kaum mehr zu gewährleisten. Weihnachtsmärkte, Demonstrationen und Volksfeste werden mit Pollern, Betonquadern und Einlasskontrollen zu Festungen ausgebaut. Ist dies das von Angela Merkel versprochene beste Deutschland, in dem wir gut und gerne leben?**

Trotz der schrecklichen Anschläge wie in Magdeburg oder München wollen wir nicht, dass derartige Veranstaltungen künftig unmöglich werden, weil Sicherheitsanforderungen nicht mehr leistbar sind. Wenn Sie beispielsweise nur die vielen DGB-Kundgebungen am 1. Mai betrachten, die alle gut über die Bühne gegangen sind: Mit gezieltem Polizeischutz kümmern wir uns bestmöglich um all diese Veranstaltungen. Das kann auch eine Kirchweih sein, ein Volksfest oder ein Jubiläum von einem Sportverein. Hier arbeitet die Polizei mit dem Veranstalter zusammen, der maßgeblich für die Sicherheit verantwortlich ist. Das funktioniert zwar sehr gut, aber es kann keine hundertprozentige Sicherheit geben. Jetzt den Vereinen so viele Auflagen zu machen, dass sie am Schluss kapitulieren und sagen, unter den Bedingungen kann ich kein Fest mehr organisieren, das sollten wir auf jeden Fall vermeiden. Dann hätte der Terror, egal von welcher Seite, sein Ziel erreicht und würde unser Leben verändern. Und genau das wollen wir gerade nicht.

**Juden sind vielerorts in Deutschland nicht mehr sicher, daran gibt es wohl keinen Zweifel. Auf die Straße gehen mit Kippa oder Davidstern, ist ein hohes Risiko. Und das auch schon vor dem 7. Oktober 2023. Haben Politik und Sicherheitsbehörden dabei versagt, das „Nie wieder“ zu sichern?**

Ich freue mich sehr über ein wieder deutlich wahrnehmbares jüdisches Leben in unserem Land. Das ist gut so, Bund, Länder und Kommunen haben



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann im *politicus*-Interview mit Andreas von Delhaes-Guenther.  
Foto: Markus Götzfried

das auch gefördert und unterstützt. Besonders seit dem Überfall der Hamas auf Israel registrieren wir eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten, leider auch Gewalttaten. In der Tat hat sich das Spektrum verschoben. In den vergangenen ein- einhalb Jahren wurde ein erheblicher Teil der antisemitischen Taten nicht mehr von Rechtsradikalen, sondern von Palästinensern und Islamisten begangen. Das verändert natürlich auch die Aufgaben für die Sicherheitsbehörden. Es gibt offensichtlich eine größere Anzahl von Menschen, die mit fanatischer Intoleranz jedem Juden begegnen. Hier muss sich der Staat kümmern, unmittelbar präventiv vorgehen, konsequent durchgreifen und harte Strafen verhängen. Wer als Ausländer antisemitisch in unserem Land unterwegs ist, den müssen wir nach Möglichkeit auch des Landes verweisen und in seine Heimat zurückführen.

**Und was machen wir, wenn die Rückführung nicht funktioniert?**

Das ist in der Tat eine große Aufgabe der neuen Bundesregierung. Aber die ersten Maßnahmen weisen darauf hin, dass Sie das Thema sehr ernst nimmt und im Griff hat. Wir haben bereits jetzt die Rückführungsquote deutlich erhöht und arbeiten daran konsequent weiter.



„Die Menschen sollen sich an unseren Bahnhöfen sicher fühlen – Tag und Nacht“, betonte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beim Besuch des Regensburger Hauptbahnhofs die Bedeutung verstärkter Polizeipräsenz und moderner Videoüberwachung.

**Die Anzahl tatverdächtiger Kinder ist bei der Gewaltkriminalität deutlich gestiegen. Auch in anderen Bereichen sind immer mehr Kinder und Jugendliche die Täter. Wie begegnen wir diesem Phänomen? Bei der Strafmündigkeit?**

**In der Schweiz ist es so, dass sie die Strafmündigkeit mit zehn Jahren nicht für Haft nutzen, sondern weil man dann die schützenden Strukturen des Strafprozessrechtes nutzen kann, um Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen vorzunehmen. Wäre das nicht bei uns auch sinnvoll?**

Wir sind derzeit dabei, die Ursachen der gestiegenen Jugendkriminalität näher zu erforschen. Und dabei schauen wir uns in der Tat auch um, was andere europäische Länder bislang an Maßnahmen ergriffen haben, weil es sich nicht um ein rein deutsches Problem handelt.

**Auch die Angriffe auf Rettungskräfte wie Polizisten, Sanitäter und Feuerwehrleute, aber auch auf Lehrer, Klinik- oder Zugpersonal haben stark zugenommen. Unter Schülern steigt die Zahl der Mobbing- und Gewalt-Opfer. Verroht unsere Gesellschaft? Oder sind andere Faktoren dafür ausschlaggebend?**

Die ganz große Mehrheit der Bevölkerung, das zeigen auch alle Umfragen, hat hohen Respekt vor der Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Angriffe auf diese Berufsgruppen sind völlig inakzeptabel und deshalb ist es ungemein wichtig, dass wir da dagegenhalten,

gerade wenn es um die Menschen geht, die sich um unsere Sicherheit kümmern. Die alles dafür tun, um uns zu schützen. Vor allem müssen wir verhindern, dass sie sich zurückziehen, weil sie selbst von Gewalt betroffen sind. Der Bundestag hat ja schon vor acht Jahren die Strafen deutlich verschärft. Das ist gut so, das zeigt schon auch Wirkung. Aber wir haben eben auch einen kleinen Teil in der Bevölkerung, die Spaß daran finden, generell Uniformträger anzugreifen oder andere Vertreter des Staates. Diese Aggressionen gegenüber staatlichen Sicherheitsbehörden gehen von extrem links bis extrem rechts. Hier müssen wir auch künftig Straftäter rasch ermitteln und vor Gericht bringen. Das ist die einzige Sprache, die solche Leute auf Dauer verstehen.

**Gibt es keine anderen Faktoren? Soziale Medien? Corona?**

Wir haben während Corona eine Sondersituation gehabt, weil der Staat eine ganze Reihe von Grundrechten der Menschen eingeschränkt hat, um diese Pandemie zu bekämpfen. Damals sind alle möglichen Befürchtungen geäußert worden, dass diese Grundrechte nicht wieder zurückgegeben würden. In Deutschland und in Europa sind alle Sondermaßnahmen ausnahmslos aufgehoben worden. Man kann sich darüber streiten, ob das alles notwendig war. Aber Sie haben recht: Ich habe auch häufig das Gefühl, dass manche Menschen seitdem eine stärkere Aversion gegenüber dem Staat entwickelt haben. Ich kann dem nur entgegenen: Das war damals ein Ausnahmefall in bislang unbekanntem Ausmaß. Wir mussten so behutsam wie möglich vorgehen. Das hat aber leider zu einem Zulauf bei den so genannten Querdenkern und anderen Gruppen geführt, die den Staat kritisieren oder sogar verachten. —



## Joachim Herrmann, Staatsminister, MdL

### 1956

- geboren 1956 in München
- 1976 – 1984 Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen und München
- 1984 – 1992 Laufbahn im bayerischen Staatsdienst
- 1992 – 1994 Jurist in der Rechtsabteilung der Siemens AG Erlangen
- seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags mit verschiedenen Funktionen
- seit 2007 Bayerischer Innenminister unter den Kabinetten Beckstein, Seehofer und Söder
- 2018 Abgabe der Ressorts Bau und Verkehr an ein neu eingerichtetes Staatsministerium, dafür zuständig für Sport und Integration

### 2025



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann vor seinem Schreibtisch im Ministerium am Münchner Odeonsplatz.  
Fotos: Staatsministerium des Inneren, PP Oberpfalz (links)/Markus Götzfried (oben)

# LEBEN IM RISIKOGEBIET

## DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO



Soldaten stehen im Gebiet Lubero in der östlichen Provinz Nord-Kivu Wache. Seit Ende 2024 wurden im Osten der DR Kongo aufgrund heftiger Kämpfe zwischen dem Militär und bewaffneten Gruppen Hunderttausende vertrieben.

Foto: IMAGO/Xinhua

**Autorin: Benita Pungwe**  
Programmbeauftragte  
der Hanns-Seidel-Stiftung  
im Kongo

*Benita Pungwe lebt in Kinshasa, wo sie seit 2022 für die HSS in direkter Zusammenarbeit mit der kongolesischen Zivilgesellschaft an der Umsetzung von Maßnahmen zur politischen Bildung in der Demokratischen Republik Kongo arbeitet.*

*Foto: HSS DR Kongo / Michael Braunschädel*



## K

**Krieg, Flucht, Leid, Krankheiten und unbekannte Virenausbrüche. Das sind die Schlagzeilen, die überwiegend deutsche Medien füllen, wenn über die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) berichtet wird. Das Auswärtige Amt stuft die DR Kongo als Risikogebiet ein und warnt vor jeglicher Reise in das Land, welches den zweitgrößten Regenwald nach dem Amazonasgebiet beherbergt. Zwar ist an den Warnungen etwas Wahres dran, aber sie erzählen nicht die ganze Geschichte. Der Kongo mit der siebenfachen Fläche Deutschlands ist so groß wie es auch seine Komplexität und die Nuancen um das Sicherheitsgefühl im Land sind.**

### Ostkongo – Der endlose Konflikt

Seit der erneuten Einnahme der Stadt Goma durch M23-Rebellen und die ruandische Armee im Januar 2025 rückt der jahrzehntelange Konflikt im Ostkongo wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Der Ursprung liegt im Völkermord an den Tutsis 1994 im Nachbarland Ruanda. Nachdem die verantwortlichen Hutu-Extremisten in den Kongo flohen, dort eine Miliz gründeten und so eine Bedrohung für Ruanda darstellten, begründet das Nachbarland seine militärische Präsenz im Ostkongo mit Sicherheitsbedenken. Dennoch scheint diese Argumentation sich von einer plausiblen Sorge zu einem bloßen Vorwand für die Ausbeutung der Bodenschätze des Kongos entwickelt zu haben. Die wirtschaftlichen Interessen überwiegen mittlerweile, denn insbesondere



Eine Mine in Rubaya, nahe Goma, Provinz Nord-Kivu. Coltan und Mangan werden hier in einer Region abgebaut, die unter der Kontrolle der M23-Rebellen steht.

Foto: IMAGO/News Licensing



Januar 2025: Polizisten versuchen, Demonstranten vor der französischen Botschaft in Kinshasa zu zerstreuen. Mehrere Botschaften in der Hauptstadt wurden damals im Zuge von Massenprotesten beschädigt, geplündert und sogar in Brand gesteckt.

Foto: IMAGO/Xinhua

32

der Zugang zu seltenen Mineralien wie Kobalt, Coltan und Zinn ist für moderne Technik unerlässlich. Laut einem Bericht von Global Witness stammen nur etwa zehn Prozent der von Ruanda exportierten Mineralien tatsächlich aus dem eigenen Land – der Großteil wird aus dem Kongo geschmuggelt.

Obwohl der Konflikt geografisch auf weniger als fünf Prozent des Landes beschränkt ist, hat er katastrophale Folgen: Seit Beginn starben über sechs Millionen Menschen und über sieben Millionen wurden Binnenvertriebene. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt.

Die alltägliche Realität der Menschen, die in diesen Regionen leben und Gewalttaten sowie Kriegsverbrechen ausgesetzt sind, können Außenstehende sich nicht an-

satzweise vorstellen. Für viele ist dies jedoch die einzige Realität, die sie kennen. Nach mehreren Jahren des Konflikts steht die Bevölkerung Friedensbemühungen wie denen Katars oder der USA skeptisch gegenüber. Eine falsche Hoffnung, die keine echte Garantie für ein normales Leben bietet. Allzu oft folgten auf hehre Worte nur Enttäuschungen.

Vom Staat verlassen und jeder auf sich allein gestellt: Der Staat ist in vielen Teilen des Landes nicht präsent. Jede Gemeinschaft muss selbst um ihr Überleben und ihre Sicherheit kämpfen. Und dieses Gefühl teilen zumindest die mehr als 100 Millionen Einwohner des Landes, wenn es um ihr Sicherheitsgefühl geht. Unabhängig davon, ob die Menschen im Ostkongo, in der Metropole Kinshasa oder in abgelegenen Dörfern leben, der Staat scheint in allen Sicherheitsfragen gescheitert zu sein.

Traditionelle Häuptlinge sind ein wesentlicher und zentraler Bestandteil des Lebens im Kongo. Ihre Position ist in der Tradition und Gesellschaft hoch angesehen, da sie insbesondere in ländlichen Gebieten für ein friedliches Zusammenleben sorgen.

Foto: HSS DR Kongo/Manuel Dorn



### Ethnische Zugehörigkeiten als Ursache

Die Provinzen, besonders im Landesinneren, sind gekennzeichnet durch zahlreiche grüne Hügel, Flüsse, bemerkenswerte Seen und idyllische Savannenlandschaften. Die ethnische Identität, familiäre sowie Dorf- und Gemeinschaftszugehörigkeit sind stärker ausgeprägt als im kulturellen Meltingpot Kinshasa.

Die offizielle Staatsform des Kongos ist eine dezentrale Republik, die auf einem etablierten westlichen Verwaltungs- und Bürokraiesystem basiert. Wie in vielen anderen afrikanischen Ländern gibt es eine weitere Dimension traditioneller Regierungsformen. Diese ist vor allem in ländlichen Gebieten verbreitet, wo der staatliche Einfluss durch die Zentralregierung nicht sehr stark ist. In diesem Spannungsfeld gestalten die ländlichen Gemeinschaften ihr Leben, insbesondere, was die Bewirtschaftung des Landes betrifft.

Traditionelle Oberhäupter verwalten Land und vergeben es zum Wohle der Gemeinschaft – ein durch das Landesgesetz anerkannter Status. Diese traditionellen Strukturen bleiben gesellschaftlich bedeutsam, insbesondere, da Familienclans mit ihren Oberhäuptern ihre Landrechte verteidigen. Unklare Besitzverhältnisse, Erbfolgestreitigkeiten und hoher Bevölkerungsdruck erschweren jedoch den Zugang zu Land. Tödliche Konflikte entstehen oft durch Streit um Machtrotation oder unklare Grenzen. Um solche Streitigkeiten zu lösen, wurden mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung Schlichtungskommissionen aus lokalen traditionellen Autoritäten gegründet. Diese vermitteln in Konflikten, fördern Versöhnung und sichern den Wissenstransfer durch Dialoge, da viel Wissen nur mündlich überliefert wird.



Die Demokratische Republik Kongo liegt zentral in Afrika und ist nach Algerien das zweitgrößte Land des Kontinents.

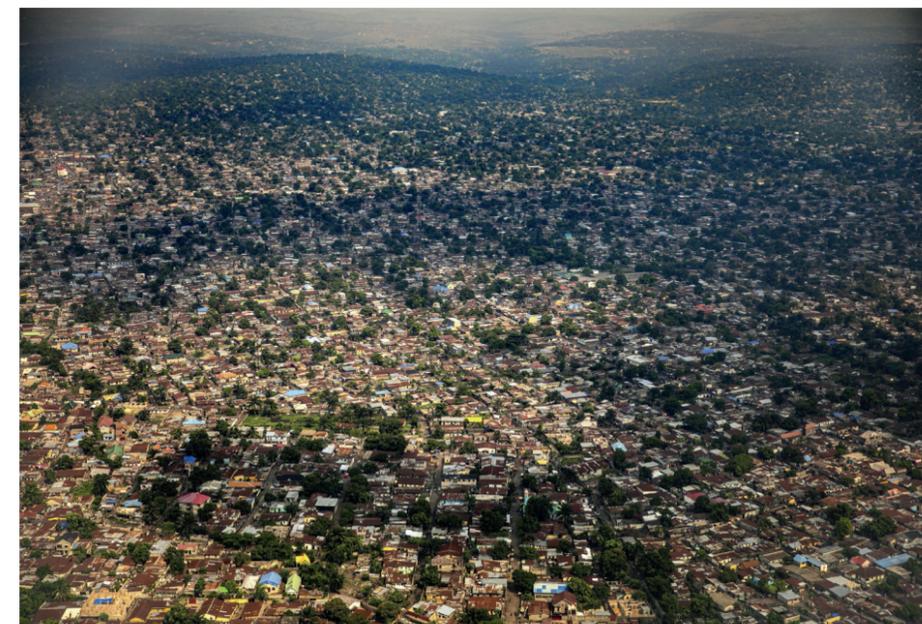
Foto: Adobe Stock/Creative Milos, bearb. HSS

34

### Fakten ohne Medienberichterstattung

In den meisten Fällen ist das Leben in den Dörfern jedoch simpel, ruhig und frei von Unruhen. Vereinzelt Konflikte können jedoch aufgrund ethnischer Spannungen, die auch durch Landfragen verursacht werden, entstehen und ganze Regionen über viele Jahre hinweg lähmen. Dies ist derzeit der Fall in der südwestlichen Region Kwamouth, circa 300 Kilometer entfernt von Kinshasa, in der die HSS seit über drei Jahrzehnten Agroforstwirtschaftsprojekte durchführt. In den vergangenen Jahren bekämpfen sich hier zwei große ethnische Gruppen mit willkürlichen Morden und Plünderungen. Dieses interne Sicherheitsproblem findet außerhalb des Landes oder sogar in entfernten Provinzen des Landes kaum Beachtung in den Medien, was jedoch nicht die Tragweite mindert.

Als Folge suchen hunderttausende Geflüchtete in Kinshasa Zuflucht. Der Großteil der Asylsuchenden, die in den vergangenen Jahren Europa erreichten, kam nicht aus Afrika, sondern aus Ländern wie Syrien, Afghanistan und der Türkei. Zahlen für Afrika sind nur lückenhaft zu finden, aber von 2015 bis 2024 kamen beispielsweise aus den drei Ländern Eritrea, Nigeria und Somalia zusammen mindestens 150.000 Asylbewerber nach Deutschland. Und: Laut einer Afrobarometer-Umfrage von 2019 erwägen rund 37 Prozent der Afrikaner eine Auswanderung, 27 Prozent davon mit dem Ziel Europa. Diejenigen, die nicht fliehen, nehmen die prekären Lebensbedingungen in Kauf und machen das Beste daraus. So schaffen sie sich Normalität inmitten der Unsicherheiten.



Luftbildaufnahme der Hauptstadt Kinshasa. Die hohe Siedlungsdichte sorgt regelmäßig für Verkehrsstaus.

Foto: IMAGO/imagebroker



Kongolesisches Unternehmertum: Geldwechslerin in der Hauptstadt Kinshasa.

Foto: HSS DR Kongo

35

### Paradoxe Realitäten

Dies ist bei vielen Geldwechslern der Fall. In der informellen Wirtschaft im Kongo, wo zwei Währungen im Umlauf sind, findet man in fast jedem Stadtteil Stände von sogenannten Geldwechslern, die ausländische Währungen (US-Dollar) zum Tageskurs in die Landeswährung, den kongolesischen Franc, umtauschen. Sie sitzen meist auf Plastikstühlen, die mit großen Sonnenschirmen versehen sind, die sie vor der stechenden Sonne schützen, und auf den Holztischen liegt ein Stapel Geldscheine. Das sind alltägliche Szenen, die man in der Megametropole mit geschätzten 18 Millionen Einwohnern beobachten kann. In einer Stadt, in der mehr als zwei Drittel in Armut lebt und in der Bandenkriminalität die Nächte und viele Stadtteile lahmlegt, wäre es zu einfach, nur von einer Dimension der Sicherheit zu sprechen, wenn diese Geldwechsler größtenteils in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen könnten.

Als Expat oder internationaler Mitarbeiter in der DR Kongo ist man auch sensibel für die instabile Sicherheitslage im Land. Vor allem in der Hauptstadt, wo gewalttätige Proteste häufig gegen ausländische Einrichtungen und Botschaften gerichtet sind, gehört es zum Job, wachsam und aufmerksam zu bleiben. Eines der größten Probleme im Arbeitsalltag ist überraschenderweise nicht die Sicherheit, sondern das hohe Verkehrsaufkommen. Dennoch kann man dort friedliche Cocktailabende oder kulturelle Veranstaltungen genießen, bei denen mögliche Gefahren für einen Moment in weite Ferne rücken.

Dies trifft auf die meisten Tage zu, da Konflikte und Unsicherheit messbar sind und relativiert werden können. Sicherheitsprobleme in einem Teil des Landes bedeuten nicht, dass das ganze Land eine Gefahrenzone ist. In diesem Sinne bleibt die Bevölkerung im Kongo trotz der instabilen Sicherheitslage positiv gestimmt und strahlt täglich Lebensfreude aus. ■

# OPFERSCHUTZ VOR TÄTERSCHUTZ

## EINE LÄNGST ÜBERFÄLLIGE KEHRTWENDE

36 **Autorin: Dr. Silke Launert, MdB**

# O

**Opfer von Straftaten brauchen mehr als nur Mitgefühl seitens der Politik. Was sie brauchen, sind handfeste politische Maßnahmen.**

Als ehemalige Staatsanwältin habe ich zahlreiche Opfer von Straftaten begleitet. Dabei habe ich hautnah miterlebt, welche tiefgreifenden Auswirkungen derart furchtbare Erlebnisse auf das Leben der Betroffenen haben können. Die psychischen Folgen sind dabei nicht selten gravierender als die physischen oder finanziellen. Menschen, die einst mitten im Leben standen, werden unvermittelt aus ihrem Alltag gerissen und sind danach nicht mehr die, die sie zuvor einmal waren.

**Opferschutz als oberste Priorität**

Zu Recht beruht unser Strafrecht auf dem Prinzip, dass Urteile über Taten und nicht über Menschen gefällt werden. Doch dürfen wir dabei zu keinem Zeitpunkt unsere Schutzpflicht gegenüber den Opfern vernachlässigen. Unsere Maxime muss lauten: Täterschutz darf uns nicht wichtiger sein als Opferschutz. Die CSU hat sich daher in den Koalitionsverhandlungen klar für eine Kehrtwende im Opferschutz eingesetzt. Unser Ziel ist es, die Versäumnisse der vergangenen Jahre zu beseitigen und endlich effektive Maßnahmen zu ergreifen.

**Datenspeicherung zulassen**

Dazu gehört insbesondere die Speicherung von IP-Adressen für mehrere Monate, um Terroristen und Täter von Kindesmissbrauch zu identifizieren. Bereits vor rund zweieinhalb Jahren hat der Europäische Gerichtshof diese unter Einhaltung bestimmter Bedingungen für zulässig erklärt – doch die Vorgängerregierung hat die Umsetzung des Urteils blockiert. Damit muss Schluss sein. Unsere Ermittler sollen nun endlich die notwendigen und verfassungskonformen Mittel erhalten, um schwere Straftaten effektiv verfolgen zu können. Denn: Datenschutz darf nicht über dem Schutz der Opfer stehen.

**Gewaltschutzgesetz stärken**

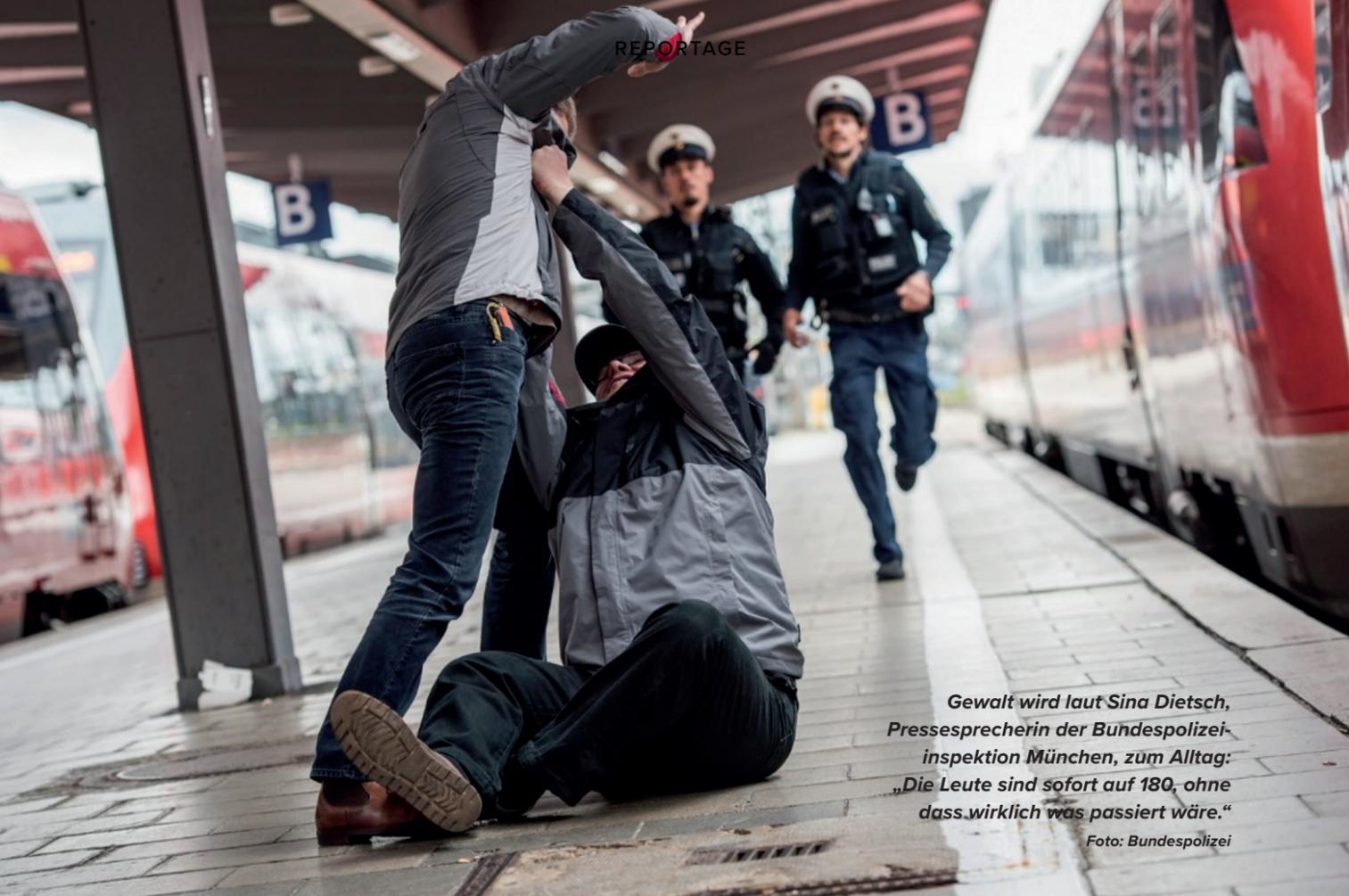
Einen besonderen Fokus werden wir in der neuen Legislaturperiode auch auf die Sicherheit von besonders verletzlichen Personen legen. Hierzu werden wir unter anderem ein neues Qualifikationsmerkmal bei den Tatbeständen von Mord einführen. Darüber hinaus werden wir den Strafrahmen für Gruppenvergewaltigungen erhöhen, den Tatbestand der Nachstellung (Stalking) ebenso wie die Strafen für Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz verschärfen und die Rechtsgrundlagen im Gewaltschutzgesetz für die gerichtliche Anordnung der elektronischen Fußfessel schaffen. —

Dr. Silke Launert ist seit 2025 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Parteivorstandsmitglied der Christlich Sozialen Union. Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist der ehemaligen Richterin und Staatsanwältin ein großes Anliegen.

*Foto: Deutscher Bundestag*



37



Gewalt wird laut Sina Dietsch, Pressesprecherin der Bundespolizeiinspektion München, zum Alltag: „Die Leute sind sofort auf 180, ohne dass wirklich was passiert wäre.“

Foto: Bundespolizei

# „ES HAT SICH ETWAS VERÄNDERT“ AUF STREIFE AM HAUPT- BAHNHOF MÜNCHEN

**Autor:** Andreas von Delhaes-Guenther  
Leiter des Referats Publikationen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

## D

**Die Sicherheitslage hat sich auch in Bayern verändert, dem einstigen Vorzeigeland. Das zeigt sich auch bei den Einsätzen der Bundespolizeidirektion München.**

Als Ende Mai am Hamburger Hauptbahnhof eine mutmaßlich psychisch kranke Frau plötzlich wahllos mit einem Messer um sich stach, verletzte sie in wenigen Sekunden 15 Menschen, davon vier lebensgefährlich und sechs schwer. In der ausbrechenden Panik auf dem übervollen Bahnsteig verletzten sich drei weitere Personen. Überwältigt wurde die Frau durch zwei mutige Passanten, auch wenn die Bundespolizei in nur zwei Minuten vor Ort war. In diesem

Chaos musste nun geklärt werden, ob es weitere Täter gab. Zeitgleich musste die ärztliche Notversorgung anlaufen, der wartende ICE zur Sicherheit evakuiert, der Bahnverkehr teilweise gestoppt werden.

### Polizeiarbeit am Mount Everest

An diesem tragischen Fall kann man sehen, wie schnell und wie umfassend die für Bahnhöfe zuständige Bundespolizei auf Notfälle reagieren muss. So ist es auch in München, mit 32 oberirdischen Bahn- und zwei (bald vier) unterirdischen S-Bahn-Gleisen der größte deutsche Kopfbahnhof. Seit 2019 wird der bei laufendem Betrieb umgebaut, mit neuem Empfangsgebäude, autofreiem Vorplatz und 70-Meter-Turm am Starnberger Flügelbahnhof – dazu der Zugang zur Zweiten Stammstrecke und der

Rohbau für die künftige U-Bahn U9. Die erwartete Fertigstellung ist im Jahr ... ach, das lassen wir lieber. Diese künftig laut Bahn „attraktive Visitenkarte für eine weltoffene Stadt“ glänzt derzeit nur mit vielen Bauzäunen, Sperrgittern, verwinkelten Umwegen und Baustellen.

Dabei haben es viele Passagiere eilig, hasten mit Koffern zu den Bahnsteigen. Stress, Zugdurchsagen, Lärm. Als am 26. April ein Unbekannter seine Reisetasche am Querbahnsteig abstellte und sich rasch entfernte, kam das alles zum Erliegen – am Osterferienende. „Herrenlose Gepäckstücke“ sind der GAU, auch wenn es sich in diesem Fall als harmlos entpuppte. Hier am zentralen Verkehrsknoten für täglich rund 500.000 Pendler, zugleich beruflicher Lebensmittelpunkt für viele

Ladenbetreiber und Angestellte, wartet ein Mount Everest an Arbeit für die Bundespolizei, die für Bahnhofsareal und Zwischengeschoss zuständig ist. Nach Fertigstellung der Zweiten Stammstrecke sollen es hier 850.000 Passagiere pro Tag sein, statt 180 Millionen dann 310 Millionen Menschen jährlich.

Zudem ist die Münchner Bundespolizeiinspektion auch für das gesamte S-Bahnnetz und Teile der bayerischen Bahnstrecken zuständig, mit über 210 Bahnhöfen und Haltepunkten auf 440 Streckenkilometern. Als im Februar 2022 bei Schäftlarn zwei S-Bahnen zusammengestoßen (ein Toter, 51 Verletzte), rückte also auch die Bundespolizei aus. Rund 300 Vollzugsbeamte der Bundespolizei sind im Schichtdienst im Einsatz, jeden Tag, rund um die Uhr.

### Kurze Wege sind wichtig

Am Hauptbahnhof ist sie derzeit in unscheinbaren Räumen auf dem Weg zum Starnberger Flügelbahnhof untergebracht. 700 Meter vom Gebäude entfernt ist auch der zentrale Dienstsitz der Inspektion mit Wache in der Denisstraße, dazu das Revier am Ostbahnhof und weitere Diensträume in Pasing und Freising. Wo die Bundespolizei im Neubau landen wird, das ist laut Sina Dietsch, Pressesprecherin der Bundespolizeiinspektion München und Hauptkommissarin, noch unklar. „Kurze Wege sind wichtig“, betont der Leiter der Bundespolizeiinspektion München, der Leitende Polizeidirektor Steffen Quaas.

Die meisten Fälle hier sind allerdings weniger tragisch als die Hamburger Attacke oder der Zugunfall bei Schäftlarn.

Das erlebe ich, als ich mit Dietsch eine Dreierstreife der Bundespolizei am Hauptbahnhof begleite. Immer wieder fragen Reisende nach dem Weg, auch wenn die Beamten eigentlich kein Auskunftsdienst sind. Wir laufen an der Bahnhofsmission vorbei, vor der sich Betrunkene lautstark streiten. Die Polizisten beruhigen die Lage. Die Mission ist Treffpunkt für die Verlorenen, für Bedürftige, Obdachlose, Frauen in Not, Trinker, Flüchtlinge. Hier verteilen Ehrenamtliche gespendete Verpflegung, Kleidung, Schlafsäcke und bei Bedarf auch Schlafplätze, man kann sein Handy aufladen oder sich im Winter aufwärmen. „Bahnhöfe ziehen oft Menschen aus teils prekären Verhältnissen an“, erklärt Dietsch. „Aus dem gleichen Milieu sind sie deshalb mal Opfer, mal Täter. Die normalen Reisenden sind davon in der Regel nicht betroffen.“ Manchmal bei Schäftlarn.

schon. Als später am Tag ein alkoholisierter Somalier mehrmals Flaschen auf Zugreisende wirft, schreiten zwei mutige Männer ein, bis die Polizei kommt. Pech hat einer der Helfer, der wegen eines offenen Haftbefehls auch mit auf die Wache musste.

Im Zwischengeschoss fällt den Polizisten ein betrunkenere älterer Schwarzer auf, der eine große und eine kleine Wodkaflasche mit sich führt, beide fast leer. Er kann kaum stehen, muss sich abstützen. Da er sich nicht ausweisen kann, wird er zu den Diensträumen im Bahnhof gebracht. Er bleibt friedfertig, auch als sich die Sicherung seiner Fingerabdrücke hinzieht, zwei an jeder Hand müssen es sein. „Das kann zwei Ursachen haben: zu schmutzige oder zu trockene Finger“, erklärt einer der Diensthabenden. Weder Hautfett noch Reinigungsmittel helfen. Das findet der Angetrunkene lustig und lacht.

#### Gewalt am Abend

Oft geht es nicht so zivilisiert zu, insbesondere wenn aggressive Angetrunkene länger warten müssen. Auch am Sonntag haben hier am Bahnhof die Läden auf, damit gibt es Alkohol rund um die Uhr. Durch verschärfte Kontrollen im angrenzenden Alten Botanischen Garten seit Ende 2024 wurden zudem Kriminelle ins Bahnhofsareal verdrängt. „Gewalt ist eher abends festzustellen“, berichtet Dietsch. Die Gewaltbereitschaft habe allerdings generell zugenommen. „Die Leute sind sofort auf 180, ohne dass wirklich was passiert wäre. Wir beobachten hier schon eine Verrohung der Gesellschaft.“ Liegt einer am Boden, wird weiter auf ihn eingetreten, wie am Hauptbahnhof im Februar 2025 von drei Jugendlichen auf einen 45-jährigen Mann und seine Begleiterin.

## «Geduld mitbringen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für uns.»

Brutal verlief auch die Auseinandersetzung zwischen vier Männern Ende Dezember im Zwischengeschoss. Dabei versuchte ein 24-jähriger Türke, einen 28-jährigen afghanischen Rollstuhlfahrer die Rolltreppe zum Bahnsteig hinunterzustoßen. Alkohol ist oft Aggressionsverstärker. Im April verletzten sich am Bahnhof Pasing zwei Männer nach Wortgefecht und Schlägerei mit einer zerbrochenen Flasche gegenseitig schwer – einer wies 1,2 Promille auf.

Die Polizisten sind jedenfalls mit schuss- und stichsicherer Weste ausgerüstet. Dazu mit Bodycam, Pistole, Schlagstock, Handschellen, Funkgerät und „Reizstoffsprüngerät“. Sie haben ein Handy dabei, um nicht bei jeder Überprüfung den Funk zu blockieren. In den Dienstwagen liegt zudem ein „Fahndungskoffer“ mit wichtigen Hilfsmitteln. Für aggressive Kunden braucht man beispielsweise schon mal eine „Spuckschutzhaube“. Die Bundespolizei soll nach Plänen von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) bald auch mit Tasern, also Distanz-elektroimpulsgeräten, ausgerüstet werden.

Immer öfter mischen sich Unbeteiligte in polizeiliche Maßnahmen ein, kommentieren oder filmen die Aktionen mit dem Handy – nicht nur bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder auf der Wiesn. Leider eskaliert deshalb regelmäßig die Situation.

#### Dickes Fell

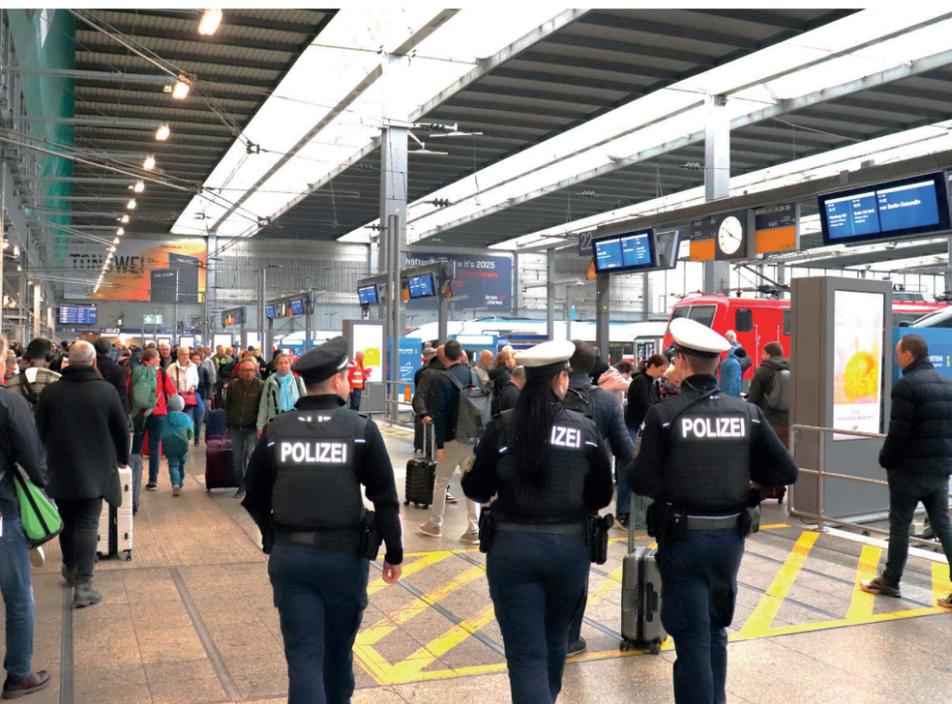
In den Diensträumen sitzt ein anderer, krakeelender Schwarzer auf einer Bank. „Scheiß Polizei“, schimpft er. „Man legt sich ein dickes Fell zu“, sagt einer der Polizisten ruhig, der den Aufgeregten mehrmals mit Nachdruck zurechtweist, dass er still sein soll. „Sitzen bleiben oder Handfesseln“, nennt er dem Mann die Alternativen, als der wild gestikulierend aufsteht. „Weiß nicht, warum ich hier“, ruft der Schwarze ein paar Mal. „Sie haben einen Diebstahl begangen“, sagt der Beamte. Er soll einer älteren Dame das Handy gestohlen haben. „Ich habe kein Problem“, beruhigt sich der Schwarze wieder. „Meine Frau Margie“ will er dafür im Gang erkannt haben. Immer und immer wieder, in nervtötenden Wiederholungen. Die Bundespolizisten schalten auf Durchzug. „Geduld mitbringen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für uns“, erklärt Sina Dietsch.

Grundsätzlich ist die Polizeiarbeit durch all die Baumaßnahmen noch „zusätzlich herausfordernd, besonders bei Fußballspielen“, sagt einer der Beamten. Dann laufen Hunderte, manchmal Tausende Fans verschiedener Clubs durch die Halle – wie beim Champions League-Finale Ende Mai. Und es wird randaliert, herausgerissen, beschmiert, beklebt, getrunken und beleidigt.



Mit mehr als 380 Kameras überwacht die Bundespolizei Bahnhöfe und S-Bahn-Netz.

Foto: HSS/avd



Freund und Helfer am Hauptbahnhof: Auf Streife mit der Bundespolizei.

Foto: HSS/avd

#### Kein Spielplatz

Die meisten Fälle der Bundespolizei drehen sich hier am Hauptbahnhof um Taschen- und Ladendiebe, Fahrkartenbetrüger, gestohlenen Gepäck, Vandalismus und Graffiti. Letzteres wird gerne belächelt, ist aber im Bahnbereich hochgefährlich und verursacht Millionenschäden. Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr gibt es auch durch S-Bahn-Surfer oder die Gleise querende Personen. Dabei wird zudem die Gefahr durch den Luftzug der vorbeirasenden Züge vergessen, aber auch die durch Stromleitungen. Im Juli des Vorjahres erlitt so ein Kosovare schwerste Verbrennungen. Denn man muss die Leitung gar nicht berühren, „das geht auch über die Luft“, erklärt Dietsch. Weil unsere Körper zu einem Großteil aus Wasser bestehen, ist das sogar auf eine Distanz von bis zu eineinhalb Metern möglich. „Der Bahnhof ist kein Spielplatz“, warnt die Pressesprecherin

Unerlaubt Eingereiste, ein weiteres Aufgabenfeld der Bundespolizei, gibt es derzeit zwar weniger, doch 2015 und 2016, da kamen an manchen Tagen um die 20.000 von ihnen hier am Bahnhof an, laut Dietsch „für viele Beamte eine prägende Zeit“. Viele der illegal Eingereisten tranken und pöbelten am Bahnhof, so ein Focus-Bericht von 2019. Erst ab 2018 habe sich die Lage aufgrund regelmäßiger Kontrollen entspannt.

Auch der Diebstahl eines teuren Messinstruments von einer Baustelle zur Zweiten Stammstrecke oder der von zwei Kilometer Kupferkabel gehörten heuer zum Einsatzbereich der Bundespolizei. Leider kommt es auch immer wieder zu Sexualdelikten. So am 24. April, als ein wohnsitz- und fahrscheinloser Rumäne eine Passagierin im ICE von Nürnberg nach München sexuell belästigte.

**Veränderte Sicherheit**

„München ist einer der sichersten Bahnhöfe Europas“, sagte 2019 Wolfgang Hauner, der damalige Sprecher der Bundespolizei, dem Focus. Eine Zunahme der Kriminalität sei eher eine „Sache des Bauchgefühls“.

Nur sechs Jahre später ist es anders in der „Weltstadt mit Herz“. Der Münchner Hauptbahnhof zählte 2024 mit insgesamt 682 Gewaltdelikten zu den fünf gefährlichsten Bahnhöfen in Deutschland. Das sind 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch Sexualdelikte legten hier von 29 auf

35 zu, nahezu täglich gibt es Angriffe auf Polizeibeamte, auch wenn die Verletzungen meist leichter Natur sind.

In Bus und Bahn stiegen Rohheits- und Gewaltdelikte zuletzt um 20 Prozent: 472 Fälle von Gewalt im ÖPNV in einem Jahr. Clemens Baumgärtner, Münchner OB-Kandidat der CSU, sieht Handlungsbedarf: „In den letzten fünf Jahren ist einiges ins Rutschen geraten. 472 Fälle, das sind ein bis zwei Angriffe täglich. Das können wir nicht dulden! Ich kenne viele Menschen, die sich nicht mehr trauen, nachts mit der U-Bahn heimzufahren –

Frauen und auch Männer. Hier muss die Stadt dringend handeln.“ Denn die ist in den Zügen und Bussen zuständig.

Die Folgen: 2024 ergab eine Studie in Hannover, dass binnen fünf Jahren der Anteil der Menschen, die sich tagsüber in der Innenstadt sicher fühlten, von 66,1 auf 41,9 Prozent und bei Dunkelheit von 29,2 auf nur noch 14 Prozent sank. Für München gibt es keine Zahlen.



Alkohol ist oft Aggressionsverstärker: Kontrolle vor der Bahnhofsmmission.

Foto: HSS/avd

42



„Unser Job ist mehr Berufung als Beruf“: Inspektionsleiter Steffen Quaas und Pressesprecherin Sina Dietsch.

Foto: HSS/avd

**«Ich kenne viele Menschen, die sich nicht mehr trauen, nachts mit der U-Bahn heimzufahren.»**

43

**Den Menschen helfen**

Warum geht man zur Bundespolizei? Polizeikommissarin Nancy Ziegler, die mit uns auf Streife war, kommt aus einer Polizeifamilie. „Als alleinerziehende Mutter bringt der Beamtenstand auch Sicherheit mit“, erklärt die Bundespolizistin, die ihren Job gerne macht. Natürlich hat die Polizeiarbeit auch Schattenseiten. „Das Schlimmste an unserer Arbeit ist die Konfrontation mit dem Elend, da stößt man einfach manchmal an seine Grenzen, weil man nicht jedem helfen kann.“ Sie hat auch erlebt, wie sich jemand auf der Bahnhofstoilette die Pulsadern aufgeschnitten hat sowie Suizide auf den Gleisen. Der Beamte auf der Bahnhofswache sagt, dass er „Menschen helfen“ wollte. Er war mit seiner vorherigen Arbeit nicht glück-

lich, „da saß ich wie ein Affe vor dem Bildschirm“. „Den Menschen zu helfen, das ist sicher die Motivation der meisten hier“, ergänzt Dietsch.

„Unser Job ist mehr Berufung als Beruf und immer herausfordernd“, sagt Inspektionsleiter Steffen Quaas. Er war in seiner Jugend im Bergbau in Thüringen tätig, quasi ein Quereinsteiger. Vor zwei Jahren übernahm er hier die Leitung. „Im Durchschnitt sind die Kollegen hier 26 Jahre alt, das war auch für mich Neuland.“ 15 verschiedene Muttersprachen sind unter ihnen vertreten. Da wirkt der Vorwurf der Grüne-Jugend-Sprecherin Jette Nietzard, Rassismus sei strukturell in der Polizei verbreitet, noch lächerlicher als ohnehin schon. „Ein Generalverdacht ist überflüssig“, REPORTAGE sagt Quaas zum Vorwurf

des „Racial Profiling“. „Da sollten wir schon die Kirche im Dorf lassen. Wir bemühen uns sehr, Freund und Helfer zu sein.“ Die Aufschrift „ACAB“ (All Cops are Bastards) auf Nietzards Pullover ist eine unter Linksradikalen verbreitete Abwertung, die sicher auch zu den vermehrten Attacken auf Polizisten beigetragen hat. „In Bayern gehen die Uhren anders“, zitiert Quaas den früheren SPD-Kanzler Willy Brandt. Hier werde Polizei wertgeschätzt und akzeptiert, der Rückhalt in Bevölkerung, Staatsregierung und Justiz sei besser, berichtet der Inspektionsleiter. Der frühere Ministerpräsident Franz Josef Strauß ergänzte Brandts Satz so: „Hier gehen die Uhren richtig.“ Aber auch München habe „sich in Bezug auf die Sicherheitslage schon verändert“, meint Quaas.

### Hemmschwelle gesunken

Wir treffen den Dienstgruppenleiter, Erster Polizeihauptkommissar Carsten Liesenfeld, den Polizeiführer im operativen Tagesgeschäft. „Ich teile die Streifen ein, bin aber auch selbst vor Ort“, erklärt er – später ist er auch auf Streife dabei.

Für die riesige Fläche im Radius von 70 Kilometer habe man „einfach nicht genug Personal“, sagt Liesenfeld. Es gibt Unterstützungskräfte für Sonderlagen, aber nicht für den Alltag. Denn von der Sollstärke müsse man Urlauber, Kranke, Lehrgänge und Funktionspersonal abziehen – und Verletzte. „Ja, die Hemmschwelle für körperliche Angriffe auf uns ist gesunken, Respektlosigkeit gibt es in weiten Teilen. Es vergeht fast kein Tag ohne Widerstandshandlung gegen uns“, berichtet auch Liesenfeld. Messer, Schraubenzieher, Flaschen, alles wird dabei benutzt. In der Wache hat man immerhin Zugriff auf mehr als 380 Kameras im Bahnbereich.

„In unserer Leitstelle laufen alle Einsätze zusammen, hier wird alles koordiniert“, erklärt der Leiter des Ermittlungsdienstes, Erster Polizeihauptkommissar Markus Fellner. Für Bahnunfälle hat man eigene Sachverständige. „Bei jedem Fall lernen wir dazu“ betont Fellner, denn immer gibt es eine gemeinsame Nachbetrachtung. Darüber hinaus verfügt man auch hier über Zugriff auf alle Kameras, zudem über eigene

---

**«Die Hemmschwelle für körperliche Angriffe auf uns ist gesunken.»**

---

Kriminaltechnik für Fingerabdrücke, DNA-Funde und andere Spuren. Wie in einem Fall im März 2023, als ein polizeibekannter Serbe (17) und zwei Kosovaren (16, 17) einen 17-jährigen Schüler und seine Begleiter abends am Marienplatz angriffen und ihn mit Brüchen an Kopf und Gesicht zurückließen. Da musste die Bundespolizei ins Krankenhaus fahren und die Kleidung des Opfers sichern. Zusammen mit den Kameraaufnahmen konnten die Täter überführt werden. Wie hält man derart brutale Fälle aus? „Ich habe mehr die Erfolge unserer Ermittlungen im Kopf“, erklärt Fellner sein Rezept.

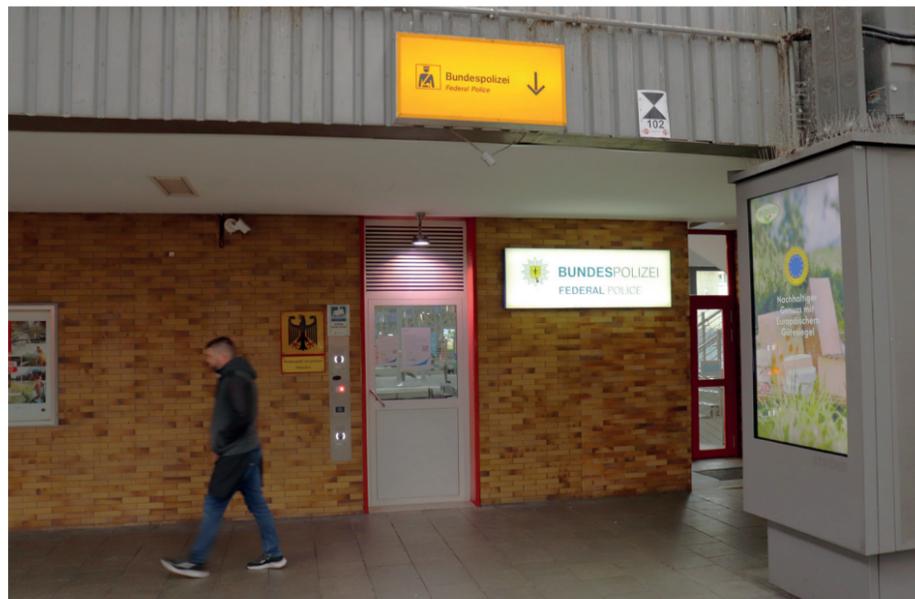
### Was kann man besser machen?

Technisch sei man hier „gut aufgestellt“, versichert Inspektionsleiter Quaas, „besser geht aber immer“, zumal die technische Entwicklung rasant fortschreite. Mehr Personal sei erforderlich. Ob da die 2024 angekündigte Offensive „Sichere Bahnhöfe in Bayern“ hilft? Am Regensburger Bahnhof hat sich die Sicherheits-



Großbaustelle Hauptbahnhof: 2019 hat der umfassende Umbau begonnen.

Foto: HSS/avd



Ein unscheinbares Schild weist auf den Eingang zu den Diensträumen der Bundespolizei am Hauptbahnhof.

Foto: HSS/avd

lage durch wenige unspektakuläre Maßnahmen deutlich verbessert. Die Polizeipräsenz wurde verstärkt und durch Reiterstaffel und Diensthundeführer ergänzt, die Videoüberwachung ausgebaut und die Beleuchtung verbessert. Ein weiterer Punkt: Einige Intensivtäter aus Tunesien wurden abgeschoben.

Auch in München setzt man auf mehr Präsenz und ein Alkoholverbot. Die Abschreckung durch Waffen- oder Alkoholverbote ist allerdings zweifelhaft, wie der Hamburger Messerangriff in einer Waffenverbotszone deutlich macht. Immerhin erleichtern solche Zonen Kontrollen. Während der Fußball-EM 2024 setzte die Polizei zudem „Super-Recognizer“ ein, um über Kameraaufnahmen verdächtige Personen zu identifizieren. Das sind Personen mit außergewöhnlicher Merkfähigkeit, die Gesichter sogar unter Tausenden wiedererkennen können. Künstliche Intelligenz könnte diese Funktion übernehmen, zudem auffälliges Verhalten erkennen. In Hamburg wird eine solche KI-basierte Videoüberwachung derzeit erprobt. „Das kann

aber Erfahrung und Bauchgefühl nicht ersetzen“, glaubt Dienstgruppenleiter Liesenfeld. Zudem brauche es längere Speicherfristen für die Videoaufnahmen, denn 70 Prozent der Delikte habe man „auf Band“. Sein Kollege Fellner nennt noch weitere Faktoren: Straftaten konsequent verfolgen, bei migrantischen Tätern auch aufenthaltsbeendende Maßnahmen. Inspektionsleiter Quaas wünscht sich noch ein eigenes Revier am Bahnhof Pasing, um schneller vor Ort zu sein. „Schon wegen der Verkehrslage!“ Für die Beamten brauche es bessere Entlohnung und Wohnraumförderung in Ballungsräumen, da es „das gleiche Geld in Görlitz wie in München“ gebe.

Alle Beamten wünschen sich weniger Bürokratie, den „großen Bremsklotz“. Das sieht man schon in den Bahnhofsdiensräumen, in denen in Schubladen neben Fußfesseln jede Menge Formulare liegen. „Mindestens ein Drittel unserer Zeit geht für Bürokratie drauf“, sagt einer der Polizisten. „Das führt natürlich auch zu weniger Streifen.“ Den Beamten blieb ein Plan der abgewählten Ampelregierung zur Reform des Bundespolizeigesetzes

erspart, bei der die Polizisten nach Personenkontrollen auf Verlangen der Kontrollierten eine Quittung ausstellen sollten. Die Reform kam aber nicht mehr vor der Neuwahl zustande. Zum Glück: Die Bremer Landespolizei musste in vier Jahren ganze 52 solcher Quittungen ausstellen. Anschaffung der Belegdrucker und Folgekosten sorgten dann indirekt für Kosten von rund 5.800 Euro pro Quittung, wie der rot-grün-rote Bremer Senat jetzt eingestehen musste. Eine große Chance sehen die Beamten und auch ihre Vorgesetzten in KI, die beispielsweise Verlustanzeigen standardmäßig ausfüllen könnte.

Zurück auf der Wache in der Denisstraße. Mit einem anderen Fingerabdruckscanner führen die Abdrücke zur Identifizierung des betrunkenen älteren Schwarzen. Da er sein Handy nicht entsperren kann, wird nun gegen ihn ermittelt. Aber vielleicht hat er es ja auch nur gefunden. Alltag für die Bundespolizei. ■

# ANDREA LINDHOLZ,

## MDB



Andrea Lindholz ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2025 dessen Vizepräsidentin. Die Rechtsanwältin war von 2021 bis 2025 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zuständig für Innere Sicherheit und Recht. Von 2017 bis 2021 leitete die Aschaffener Abgeordnete den Bundestags-Ausschuss für Inneres und Heimat.

Foto: Timo Raab

Laut Umfragen verlieren immer mehr Bürger ihr Vertrauen in die Innere Sicherheit, nicht nur wegen der jüngsten Terroranschläge. Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) belegen in den vergangenen fünf Jahren einen Anstieg der Gewaltkriminalität um 20 Prozent. Die Tatverdächtigen sind zu 41,8 Prozent Ausländer, darunter viele Zugewanderte. Und immer mehr Täter sind minderjährig. Zugleich steigt die Zahl der Kriminalitäts-Brennpunkte und No-Go-Areas, insbesondere für Frauen. Wie kann die Sicherheit wiederhergestellt werden? Dazu haben wir die Fachpolitikerin für Innere Sicherheit in der CDU/CSU-Fraktion, Andrea Lindholz, befragt.

## FRAGE

1

### Besonders Frauen fühlen sich hierzulande nicht mehr sicher. Wie sollte die Politik reagieren?

Dass das Vertrauen der Menschen in die öffentliche Sicherheit schwindet, erlebe ich in dramatischer Weise in meinem Wahlkreis, aber auch in Bürgerzuschriften. Zahlen belegen zudem, dass es sich nicht um eine gefühlte Unsicherheit handelt. Gewaltkriminalität hat in Deutschland einen neuen alarmierenden Höchststand erreicht. Hinzu kommt, dass Täter zunehmend jünger werden. Politik und Praxis müssen sich gemeinsam mit der Frage auseinandersetzen, warum so viele junge Täter gewalttätig werden. Zudem muss eine Antwort darauf gefunden werden, wie mit diesen jungen Tätern umzugehen ist und wie Wiederholungstäter verhindert werden können. Täter müssen erkennen, dass die Konsequenzen für solche Taten extremst hart sind und das Gefühl der Ohnmacht darf bei den Opfern nicht zurückbleiben. Für betroffene Frauen ist es wichtig, dass für Straftäter die elektronische Fußfessel nach dem sogenannten „spanischen Modell“ kommt, bei dem die Frauen und die Polizei durch einen Alarm gewarnt werden, wenn der Täter sich dem Opfer nähert.

## FRAGE

2

### Warum drückt sich die Politik vor der Herkunft der weit überproportional vielen Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund?

Es ist eine heikle Diskussion und teilweise sind die Wahrheiten unbequem. Wichtig ist, dass wir die Probleme konkret benennen. Solche Diskussionen geraten schnell in eine Schieflage, wenn der Eindruck entsteht, man lehnt eine bestimmte Kultur oder Gruppe ab. Kulturen dürfen und sollen selbstredend unterschiedlich sein, aber patriarchale Strukturen sind in unserer freien Gesellschaft inakzeptabel und unser Rechtssystem spiegelt dies auch an keiner Stelle wider. In Deutschland gehen 75 Prozent der Frauen zwischen 20-64 Jahren einer Arbeit nach. An der Unabhängigkeit von Frauen hängt aber viel mehr als das monatliche Einkommen. Wenn wir über die Sicherheit von Frauen und Integration insgesamt sprechen, dann müssen wir auch über die Rollenbilder von Frauen sprechen und den Wertekanon, in dem Mädchen aufwachsen. Wenngleich dieses Thema heikel ist: wegschauen gilt nicht! In Deutschland leben wir gleichberechtigt – das ist nicht nur zu akzeptieren, sondern auch einzufordern.

47

## FRAGE

3

### Sind Maßnahmen wie Nacht-Taxi-Gutscheine für Frauen quasi eine Kapitulation des Staates?

Hier gibt es nicht nur schwarz und weiß. Ich finde es völlig legitim, einer Personengruppe besonderen Schutz zu gewähren, wenn sie diesen benötigt. Auch hier liefert die Kriminalstatistik klare Zahlen, denen die Politik nachgehen muss. Frauen werden schlichtweg häufiger als Männer Opfer von Gewaltkriminalität und es ist Aufgabe des Staates, Schutz zu gewährleisten. Natürlich darf es aber nicht dazu führen, dass man das dahinterliegende Problem nicht klar benennt und sich diesem annimmt. Es gibt in Deutschland fast jeden Tag einen Femizid. Die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt steigt stetig und betrifft alle gesellschaftlichen Milieus. Das ist ein unhaltbarer Zustand und der Staat darf nicht tatenlos danebenstehen. Mit Druck der Union haben wir mittlerweile die Situation von Frauenhäusern verbessert. Das ist aber auch nicht die Lösung des Problems, sondern eine Hilfestellung für gewaltbetroffene Frauen. Wichtig ist, dass auf solche Taten harte Konsequenzen folgen und Taten entsprechend ihrer Schwere geahndet werden. Hier ist noch Luft nach oben.

# FRISCHER WIND IN DER ARENA NEUE POLITIK UND DIE HÜRDE BUNDESRAT

**Autor: Dr. Alexander Wolf**  
Leiter Hauptstadtbüro, Hanns-Seidel-Stiftung, Berlin

48

## D

**Die Wahl zum Bundeskanzler war die Pflicht, nun folgt die Kür: Ohne eine verlässliche Mehrheit von 35 Stimmen im Bundesrat könnten Merz' Reformpläne rasch verpuffen.**

Bei der Kanzlerwahl verpasste Friedrich Merz im ersten Durchgang die absolute Mehrheit um sechs Stimmen, erst der zweite Durchlauf war erfolgreich – doch die eigentliche Kraftprobe wartet im Bundesrat. Dort stehen 69 Stimmen zur Verfügung; nach Artikel 51 Absatz 3 Grundgesetz darf jedes Land nur so viele Mitglieder entsenden, wie es Stimmen besitzt. 35 Ja-Stimmen sichern die absolute Mehrheit für die Gesetze, die die Zustimmung des Bundesrates erfordern. 46 Stimmen werden für Grundgesetzänderungen benötigt.

CDU und SPD bringen bislang lediglich 16 sichere Stimmen ein (Berlin 4, Hessen 5, Sachsen 4, Saarland 3). Selbst wenn Bayern – regiert von CSU und Freien Wählern – seine sechs Stimmen beisteuerte, läge das unionsgeführte Bündnis bei 22 und damit weiter deutlich unter jeder Sperrgrenze.

Der föderale Flickenteppich macht aktuell Mehrheitsbildung zur Kunst: In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg regieren Schwarz-Grün-Konstellationen, in Thüringen die Linke, in Sachsen-Anhalt das BSW, in Bayern wie erwähnt die Freien Wähler. Jede zusätzliche Farbe verschiebt Prioritäten und verschärft den Preis, den die Länder für ihre Zustimmung verlangen werden.

Rund 60 Prozent aller Gesetze benötigen das Placet der Länderkammer – vom Migrationspaket über die geplante Bürgergeld-Reform bis zur Krankenhaus-Finanzierung und steuerlichen Investitionsanreizen. Im Bundesrat entscheidet daher nicht Fraktions-, sondern Landeslogik. Ministerpräsidenten verhandeln mit Blick auf Haushaltslage und Wahlkalender.

Entsprechend hoch ist die finanzielle Fallhöhe. Schon in den Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD drohten Differenzen über Steuerausfälle das Bündnis platzen zu lassen. Der Vertrag sieht nun Kompensationen für Länder und Kommunen vor – ein Signal, dass zukünftige Haushalts- und Steuergesetze zum Basar werden, auf dem Klinikzuschüsse, Regionalisierungsmittel oder Digitalpakt-Nachfolger gehandelt werden.

Für Merz gilt daher: Netzwerken statt Durchregieren. Die vertraulichen Kaminrunden der Unionsspitze am Vorabend jeder Bundesratssitzung schaffen Atmosphäre, ersetzen aber keine systematische Länderstrategie. Wer dauerhafte Mehrheiten sichern will, muss Ministerpräsidenten früh einbinden, regionale Pilotprojekte anbieten und klare Finanzierungszusagen machen.

**Autor:  
Dr. Alexander Wolf**

*Foto: privat*



Das politische Risiko ist beträchtlich. Gelingt es beispielsweise, rasch eine breite Länderkoalition hinter die Migrationsagenda zu bringen, sendet das ein Signal entschlossener Handlungsfähigkeit. Misslingt es, droht der Koalition noch im ersten Jahr ein föderaler Stillstand – eine Erfahrung, mit der schon Helmut Kohl und Gerhard Schröder rangen.

Der Schlüssel liegt in einem kooperativen Föderalismus. Wer Wertschöpfungsketten stärkt, die sowohl im Sauerland als auch im Altmühltal Beschäftigung sichern, baut Brücken. Wer beim Bürgergeld Landes-Kofinanzierungen verankert, entlastet Kommunen. Und wer die Krankenhauslandschaft gemeinsam reformiert, teilt Verantwortung – und damit politisches Risiko. Das setzt rationales Denken und Handeln bei allen Beteiligten voraus.

So wird das erste Regierungsjahr von Bundeskanzler Merz zum Stresstest für Führungsstil und Verfassungswirklichkeit. Der Bundesrat ist keine lästige Pflichtübung, sondern die entscheidende Arena, in der Vorhaben Bundesrealität werden – oder verpuffen. Berliner Luft allein genügt nicht: Gefragt ist ein frischer Wind aus allen 16 Ländern – die kühle Brise aus München eingeschlossen –, damit das politische Feuer nicht schon am Kamin erlischt. ■

49

# STROMSPEICHER – DER „MISSING LINK“

## Wie die Energiewende gelingen kann

**Autor: Prof. Dr. Siegfried Balleis**

Ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Erlangen;  
Honorarprofessor der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg seit 2018;  
Gründungsvorsitzender des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU 2011-2015



Wiederinbetriebnahme für 250 Millionen Euro: Baustelle des Pumpspeicherkraftwerks Happurg östlich von Nürnberg, das bereits im Jahr 1953 hergestellt wurde und von 1958 bis 2011 mehr als 50 Jahre im Betrieb war.

Foto: Uniper

# D

**Deutschland hat sich durch den Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle in eine energiepolitische Zwangslage gebracht. Zwar konnten die regenerativen Energien erfolgreich ausgebaut werden. Aber in der Dunkelflaute, also wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, hat Deutschland ein massives Problem mit der Stromversorgung. Ein enorm wichtiger Lösungsweg ist hier die Speicherung der erzeugten Energie.**

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und auch aus der Kohle hat sich Deutschland selbst ein schwer lösbares Problem bei der kontinuierlichen Stromversorgung geschaffen – also der wetterunabhängigen gesicherten Leistung. So erfreulich der Ausbau der erneuerbaren Energien durch Windräder und Photovoltaikanlagen ist, so problematisch ist es doch, damit eine kontinuierliche Stromversorgung zu jeder Jahreszeit sicherzustellen. Insbesondere im Spätherbst und im frühen Winter ist Deutschland in teils extremem Umfang auf Stromlieferungen aus dem angrenzenden Ausland angewiesen, um die Dunkelflaute zu überwinden.

### Ausbau der Speicher

Die einzige Möglichkeit, um in diesen schwierigen Phasen unsere Stromimporte deutlich zu reduzieren und eine kontinuierliche Stromversorgung sicherzustellen, besteht im Ausbau von Stromspeichern jeglicher Art. Dies ist auch deshalb erforderlich, um extreme Strompreisschwankungen auszugleichen.

Grundsätzlich kann Strom in unterschiedlichsten Formen gespeichert werden. Dabei ist zwischen elektrischen, chemischen, mechanischen und thermischen Speichern zu unterscheiden. Gegenwärtig kommt den chemischen Speichern die größte Bedeutung zu, allen voran Batteriespeichern.

Für den saisonalen Ausgleich von Stromangebot und Stromnachfrage ist dagegen die elektrolytische Aufspaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff und Rückverstromung via Brennstoffzelle das Maß der Dinge.

### Neue Wege

Da die Speicherung und der Transport von Wasserstoff aufgrund dessen Explosivität jedoch gefahrgeneigt sind, war es erforderlich, eine unproblematische Form der Speicherung von Wasserstoff zu finden. Dies ist den Erlanger Professoren Wolfgang Arlt, Eberhard Schlücker und Peter Wasserscheid gelungen, die Wasserstoff chemisch an eine organische Substanz namens LOHC (Liquid Organic Hydrogen Carrier) binden konnten. Dadurch wird ein gefahrloser Umgang mit Wasserstoff ermöglicht.

Die Speicherung von Strom in Superkondensatoren ist dagegen nur für überschaubare Energiemengen geeignet.

Traditionell wird Energie auch mechanisch in Pumpspeichern gespeichert. Diese sind in Deutschland leider nur in geringer Zahl vorhanden und nur mit hohem finanziellem Aufwand herstellbar. So wird beispielsweise die Wiederinbetriebnahme des Pumpspeicherkraftwerks Happurg, das bereits im Jahr 1953 hergestellt wurde und fast 60 Jahre gut funktionierte, rund 250 Millionen Euro kosten. Außerdem muss

bei neuen Projekten mit extrem langen Genehmigungsverfahren gerechnet werden und üblicherweise gibt es viele Bürgerproteste gegen derartige Projekte in der jeweiligen Region. In der Schweiz und in Österreich existiert dagegen eine enorme Zahl an Pumpspeicherkraftwerken.

### Import – Export von Strom

Die genannten Länder profitieren gegenwärtig außerordentlich stark von deutschem Überschussstrom, der bei uns vor allem in den Sommermonaten zu günstigen Preisen anfällt. Die Schweiz und Österreich sind ihrerseits dann wieder in der Lage, Strom nach Deutschland zu exportieren, wenn der Strom in Deutschland und Europa knapp und somit teuer ist. Ein gutes Geschäft.

Der Vollständigkeit halber sollen in diesem Zusammenhang auch noch auf Druckluftspeicher und Schwungradspeicher in Form rotierender Massen hingewiesen werden. Schließlich sind auch noch die thermischen Speicher zu nennen, die in einigen deutschen Städten bereits im großtechnischen Maßstab Anwendung gefunden haben.

# «Speicher für erneuerbare Energien sollen dort angereizt werden, wo es auch dem Netz dienlich ist.»



## Als Wärme gespeichert

So verfügen beispielsweise die Nürnberger Stadtwerke (N-ergie AG) über einen gigantischen Wasserspeicher in der Nähe des Hauptbahnhofs, der dann aufgeheizt wird, wenn Strom im Überfluss vorhanden und somit billig ist. Dieser Warmwasserspeicher fasst 33.000 Kubikmeter Wasser und in den vergangenen zehn Jahren wurden rund 440.000 Megawattstunden (MWh) Wärme in den Speicher geladen beziehungsweise wieder entnommen. Das System ist nahezu täglich im Einsatz.

Die auf diesem Weg erzeugte Wärmeenergie wird dann über das Nürnberger Fernwärmenetz verteilt. Grundsätzlich wäre es mit dieser Technologie auch möglich, den erzeugten Dampf über entsprechende Dampfturbinen zurück zu verstromen.

*Blick über die Dächer der Nürnberger Altstadt. Neben den rauchenden Schornsteinen der Heizkraftwerke sowie dem silbernen Wasserspeicher für das Fernwärmenetz der N-ergie sieht man auch die türkise Kuppel der Elisabethkirche.*

*Adobe Stock/fottoo*

## Ein Ausblick

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht in diesem Zusammenhang unter anderem auch vor, dass Speicher für erneuerbare Energien dort angereizt werden sollen, wo es auch dem Netz dienlich ist. Weiter heißt es, dass Energiespeicher als im überragenden öffentlichen Interesse anerkannt und im Zusammenhang mit privilegierten Erneuerbaren-Energien-Erzeugungsanlagen ebenfalls privilegiert werden sollen.

Das Problem fehlender gesicherter Leistung soll verstärkt durch Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie gelöst werden. Bis 2030 sollen zudem bis zu 20 Gigawatt Gaskraftwerksleistung in erster Linie an bestehenden Kraftwerksstandorten errichtet und Potenziale inländischer Gasförderung genutzt werden.

So sehr wir aber intensiv am Ausbau der Stromspeicher arbeiten, so ist es derzeit doch zusätzlich erforderlich, die Stromübertragungsleitungen vom windreichen Norden unserer Republik in den Süden, in dem sich die industriellen Schwerpunkte befinden, auszubauen. —

---

**«Das Problem fehlender gesicherter Leistung soll verstärkt durch Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie gelöst werden.»**

---



Autor:  
Prof. Dr. Siegfried Balleis  
Foto: Büro Balleis/Glasow Fotografie



*Weniger Staat, mehr Eigeninitiative:  
Argentiniens Präsident Javier Milei.*

*Foto: IMAGO / ZUMA Press Wire*

# ARGENTINIENS KETTENSÄGEN- MASSAKER

## DER WANDEL UNTER PRÄSIDENT JAVIER MILEI

**Autor:** Prof. Dr. Klaus Georg Binder  
Projektleiter Argentinien der Hanns-Seidel-Stiftung

55

# A

**Ein spannendes politisches Experiment kann man derzeit in Argentinien beobachten: Die radikale Schrumpfung von Behörden und Bürokratie sowie eine radikale Sparpolitik durch Präsident Javier Milei haben sowohl positive wie negative Seiten.**

Am 19. November 2023 wählte Argentinien einen neuen Staatspräsidenten. Der Wahlsieger Javier Milei profitierte in erster Linie von der Wut vieler Argentinier auf das politische Establishment. Seit seinem Amtsantritt am 10. Dezember 2023 versucht Milei, Argentiniens Wirtschaft mit einem knallharten Sanierungsprogramm zu retten. Er will die Wirtschaft deregulieren und entbürokratisieren, den Staat auf ein Minimum reduzieren.

### Mileis wirtschafts- und finanzpolitische Erfolge

Laut der nationalen Statistikbehörde INDEC belief sich die jährliche Inflationsrate im Januar 2024 auf 254,2 Prozent und im Mai 2025 auf 43,5 Prozent (Entwicklung der monatlichen Inflationsrate siehe Abbildung).

Einem Bericht der Börse von Rosario zufolge hat Argentinien das Jahr 2024 zum ersten Mal seit 2010 mit einem doppelten Überschuss abgeschlossen (Überschuss im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz). Die Talsohle der Konjunktur scheint erreicht zu sein. Uneinigkeit besteht darüber, wie stark und wie nachhaltig der Aufschwung ausfallen wird. Laut OECD sollen dem Rückgang des BIP in 2023 um 1,6 Prozent und in 2024 um 1,7 Prozent eine Erholung in 2025 um 5,2 Prozent und in 2026 um 4,3 Prozent folgen.

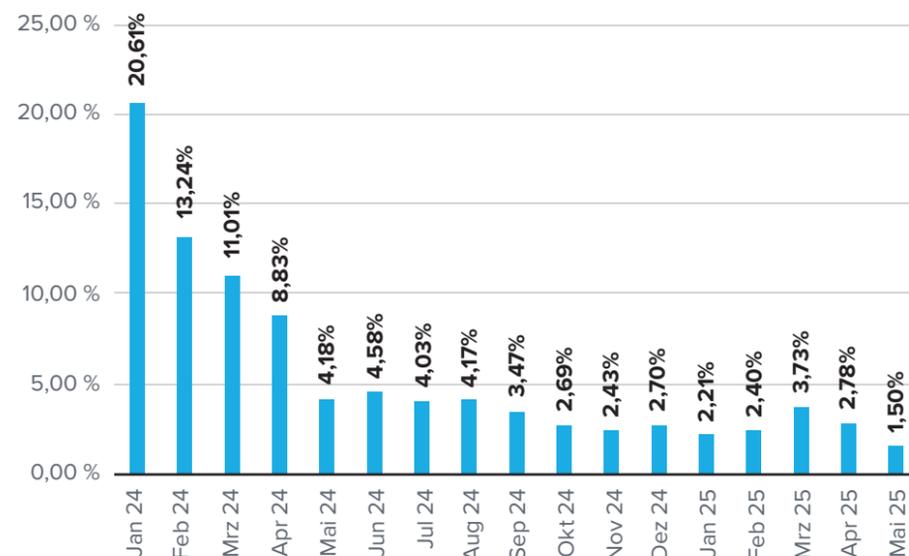
Am 8. Juli 2024 trat das Kernstück der argentinischen Wirtschaftsreform in Kraft. Es handelt sich um das sogenannte Basisgesetz, das unter anderem die staatliche Unterstützung von Großinvestitionen vorsieht. Vorerst haben die Forcierung der Öl- und Gasförderung sowie die Schaffung einer dem Export von Öl und Gas dienenden Infrastruktur Priorität. Für den von den Europäern bevorzugten grünen Wasserstoff fehlt noch immer der gesetzliche Rahmen, den es in den Nachbarländern Argentiniens längst gibt.

Mehrere internationale Organisationen haben für Argentinien Finanzpakete in Höhe von insgesamt bis zu 42 Milliarden US-Dollar geschnürt. Der Internationale Währungsfonds IWF wird Argentinien mit einem Finanzpaket in Höhe

von 20 Milliarden US-Dollar unter die Arme greifen. Argentinien ist der größte Schuldner des Fonds und steht bei ihm bereits jetzt mit mehr als 44 Milliarden US-Dollar in der Kreide. Die Weltbank steuert zwölf Milliarden US-Dollar bei. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (Banco Interamericano de Desarrollo – BID) hat bis zu zehn Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt.

Die neuen Milliardenkredite verschaffen der Milei-Regierung den nötigen Spielraum, die bislang strengen Devisenkontrollen zu lockern und geben ihr eine echte Chance, den strukturellen, seit Jahrzehnten anhaltenden Verfall zu überwinden.

## Entwicklung der monatlichen Inflationsrate



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der folgenden Datei:  
<https://estudiodelamo.com/inflacion-argentina-anual-mensual/>

## Der Preis der Reformen

Mileis wirtschafts- und finanzpolitische Erfolge sind teilweise auf den Einsatz der „Kettensäge“ zurückzuführen, die er auch symbolisch im Wahlkampf zeigte. Die Zahl der Ministerien wurde halbiert, die Sektoren Gesundheit und Erziehung, Energie und Verkehr werden kaum noch bezuschusst.

Der Anstieg der Renten bleibt hinter dem Anstieg des Preisniveaus zurück. Viele Rentner sind auf die Unterstützung durch ihre Kinder und Enkel angewiesen und/oder gezwungen, Gelegenheitsjobs anzunehmen, um ihr Einkommen aufzubessern. Da die Renten den größten Posten im Staatshaushalt ausmachen, sind sie mit am meisten von der Sparpolitik der Regierung betroffen.

Auch bei der Finanzierung der staatlichen Universitäten beharrt Milei auf seiner radikalen Sparpolitik. Ein höchst sensibles Thema, denn die kostenlose öffentliche Universität ist eine Ikone der argentinischen Gesellschaft,

insbesondere der Mittelschicht. Milei ist der Ansicht, dass die Mittelschicht die Ausbildung ihrer Kinder selbst finanzieren kann, und dass die Armen von kostenlosen Universitäten relativ wenig profitieren, weil es die meisten ihrer Kinder ohnehin nicht bis dorthin schaffen.

Die argentinische Regierung kontrolliert den Devisenmarkt. Die Abwertung des Pesos ging bisher langsamer vonstatten als der Anstieg des Preisniveaus, was eine sukzessive Aufwertung der Landeswährung zur Folge hatte. Mittlerweile hat sich Argentinien aufgrund des starken Pesos zum teuersten Land Südamerikas entwickelt.

Die bisher kaum verbesserte persönliche Situation der meisten Argentinier führt seit Jahresbeginn 2025 zu einer Abnahme der Popularität Mileis. Aber auch andere Faktoren spielen diesbezüglich eine wichtige Rolle. Ein Beispiel ist der Skandal um die Kryptowährung \$Libra, die Milei im Februar 2025 in den Sozialen Medien bewarb. Mit ihr machten einige wenige sehr schnell sehr

**«Mittlerweile hat sich Argentinien aufgrund des starken Pesos zum teuersten Land Südamerikas entwickelt.»**



Prof. Dr. Klaus Georg Binder

Foto: HSS / Klaus Georg Binder

viel Geld, während Tausende nach deren Absturz in nur wenigen Stunden ihre Ersparnisse verloren.

## Die außenpolitische Komponente

Nach dem Amtsantritt Mileis wurde auch die Außenpolitik des Landes neu ausgerichtet. Argentinien vollzog eine Kehrtwende und positioniert sich nun an der Seite der USA und Israels. Deutschland und Europa sehen in Milei einen wichtigen Verbündeten, zumal er sich gegen einen Beitritt zur China-dominierten BRICS und für eine Assoziation mit der OECD und damit für eine regelbasierte internationale Wirtschaftsordnung entschieden hat.

Milei kritisiert die Vereinten Nationen scharf, der Agenda 2030 (Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und ökonomische Entwicklung), dem Klimaschutz-Übereinkommen von Paris und dem UN-Zukunftspakt steht er ablehnend gegenüber.

## Schwierige Konsensfindung

Mileis politisches Grundproblem besteht darin, dass sein aggressiver Umgang mit den etablierten Politikern, einer Gruppe, die er „die Kaste“ nennt, für seine Popularität bedeutend ist. Er ist aber auf die Unterstützung genau dieser Politiker angewiesen, um tiefgreifende Reformen durchzusetzen, da seine Partei La Libertad Avanza im Argentinischen Nationalkongress über weniger als 15 Prozent der Sitze verfügt.

Milei will die langfristige Haushaltskonsolidierung unter anderem durch die Reformierung des Steuerwesens sicherstellen. Auch die Rentenformel bedarf dringend einer Überarbeitung. Für all dies ist die Zustimmung des Nationalkongresses erforderlich. ■

# BRAUCHEN WIR IN DEN SCHULEN NOCH

**Schon seit Jahrzehnten wird über Leistungsnachweise in der Schule diskutiert. Gegner sagen, der ständige Leistungsdruck stresse und demotiviere Kinder, zudem seien Bewertungen oft nicht objektiv und abhängig vom sozialen Umfeld der Schüler. Befürworter sagen, dass Noten den Kindern bei der Selbsteinschätzung helfen und Defizite aufzeigen. Immer niedrigere Anforderungen an Lehrplan und Abschlüsse führten zur Gleich „schrumpfung“ der Schüler sowie zu Leistungsfeindlichkeit in einer auf Leistung angewiesenen Gesellschaft.**



**Josef Kraus**

Oberstudiendirektor a.D., Präsident des Deutschen Lehrerverbandes 1987–2017

Foto: Kraus

**JA, Noten, Prüfungen und Zeugnisse sind in einer Leistungsgesellschaft unverzichtbar.**

Leistung ist Voraussetzung für Wohlstand und Sozialstaat. Bildungseinrichtungen müssen Heranwachsende daran messen. Jede einzelne Note ist dabei nicht nur blanke Ziffer, sondern direkter Hinweis auf individuellen Nachholbedarf. Prüfungen und Noten entfalten eine motivierende Wirkung. Sie halten zu kontinuierlichem Mitlernen an und verhindern „saisonales“ Arbeiten. Durch Noten wird zudem erfolgreiches Arbeiten im Sinne eines „Weiter so!“ bestärkt. Schwächere Noten sind demgegenüber eine Aufforderung, selbstkritisch über zukünftiges Lernverhalten nachzudenken.

Die stets proklamierten Alternativen zu Noten sind keine, denn entweder sind es geschönte Texte, oder sie sind in einer Sprache gehalten, die fragen lassen: Welche Note wäre das denn jetzt? Notenfreie Leistungserhebungen mittels partizipativer, kompetenzbezogener oder ähnlicher Formate sind Vorschläge aus dem Elfenbeinturm.

Insgesamt gilt: Schule kann keine Schule ohne eindeutige Leistungsbilanzen sein – zumal inmitten einer Leistungsgesellschaft. Zur Farce werden Noten freilich, wenn ein „sehr gut“ oder „gut“ inflationär vergeben werden. Dieser Trend greift allerdings um sich. Durchschnittliche Abiturnoten um die Note 2 sind keine Seltenheit mehr.

Diese Augenwischerei hat damit zu tun, dass Politik und „Erziehungswissenschaften“ quasi planwirtschaftlich und gefälligkeitspädagogisch „schöne“ Bilanzen haben wollen, aus Noten dann aber ungedeckte Schecks werden. —

# PRÜFUNGEN, NOTEN UND ZEUGNISSE?



**Prof. Dr. Silvia-Iris Beutel**

Lehrstuhl für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik an der TU Dortmund

Foto: Silvia-Iris Beutel

**NEIN, wir brauchen partizipative Formate der Leistungsrückmeldung.**

Schulen benötigen einen Lern- und Leistungsbegriff, der inklusiv ist, die Persönlichkeitsentwicklung möglichst aller Schülerinnen und Schüler stärkt sowie kompetenzbezogenen Demokratiefähigkeit und Beteiligung fördert. Dazu gehört die Erfahrung, Mehrdeutigkeiten zu verstehen, an der Nachhaltigkeit von Lösungen gemeinsam zu arbeiten und beim Lernen sowie in Prüfungen angemessen und gerecht beurteilt zu werden.

Eine Leistungsbeurteilung für zukunftsversichtliche Kinder kann zum Beispiel durch formative und kollaborative Prüfungen, durch Phasierung, Feedback und Reflexion während der Prüfungsphasen sowie durch regelmäßige motivierende individuelle Gelingensnachweise in Schülerhand erfolgen. Wichtig ist zudem die Anerkennung von Leistungen, die auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden wie zum Beispiel Projekte zu BNE-Themen (Bildung für nachhaltige Entwicklung) oder Aktionen zu Kinderrechten.

Es geht um ein Leistungskonzept und um Formen der Leistungsbeurteilung, die innovative Lernqualitäten aufgreifen sowie in die Tiefenstruktur des Unterrichts hinein wirken. Eine solche demokratisch gehaltvolle Leistungsbeurteilung ist mit Noten nicht realisierbar. Sie benötigt Differenzierung, zugewandte Kommunikation, Mitwirkung der Lernenden sowie das primäre Ziel, deren Lernen zu beschreiben und angstfreie Räume für Leistungsnachweise zu schaffen. Wenn es also darum geht, bei den Kindern und Jugendlichen in der Schule für deren Zukunft in einer Welt der Ungewissheiten Optimismus und Handlungswillen zu stärken, dann helfen keine Noten – dafür brauchen wir partizipative Formate der Leistungsrückmeldung und eine entsprechende Lern- und Leistungskultur. —

# «WAS MACHT EIGENTLICH ...?»

## EMILIA MÜLLER

**Sie bleibt dem Leitbild ihres politischen Wirkens auch im Ruhestand treu: Verantwortung zeigen und sich für die Mitmenschen einsetzen. Südtirol ist ihr zur zweiten Heimat geworden. Im eigenen Garten und beim Wandern in den Bergen genießt die 73-Jährige die freie Zeit.**

**Autorin: Emilia Müller**

Mit dem Ausscheiden aus der aktiven Politik im Jahr 2018 war mir klar, dass ich weiterhin aktiv bleiben werde, ganz nach dem Motto „Carpe diem“. Mein Elternhaus spielte – vor allem, da mein Großvater Bürgermeister war – eine bedeutende Rolle in meiner politischen Sozialisation. Er hat mir nicht nur politische Zusammenhänge nahegebracht, sondern mir vor allem Werte vermittelt, die mich bis heute leiten: Verantwortung und die Pflicht, sich für seine Mitmenschen einzusetzen. Diese Haltung war für mich stets Antrieb und Kompass – in meinen verschiedenen Ämtern als Staatsministerin wie auch heute, im „Unruhestand“.

Wer einmal Politik aktiv lebt, dem bleibt das für immer: Mit großem Interesse verfolge ich die aktuellen politischen Abläufe im In- und Ausland. Als kooptiertes Mitglied nehme ich gerne an Vorstandssitzungen der CSU Oberpfalz und des FU-Landesverbandes teil.

Ich halte gelegentlich Vorträge, berate junge Menschen, insbesondere Frauen in ihrem Engagement und unterstütze soziale Projekte, die mir am Herzen liegen. Das geschieht jetzt eben ehrenamtlich – auch das ist ein Teil meines Selbstverständnisses von politischer und gesellschaftlicher Verantwortung.

2018 wurde ich zur Landesvorsitzenden des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) in Bayern gewählt, dem größten Frauenverband mit 145.000 Mitgliedern. Es war mir ein Anliegen, die Attraktivität des Verbandes und das Netzwerk von Frauen für Frauen zu fördern. Ziel war es, bessere Karrierechancen, gerechte Entlohnung und eine familienfreundliche Arbeitswelt für Frauen zu erreichen. Das Ringen um Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft war in all meinen Aufgaben mein steter Begleiter.

Seit 2024 bin ich Vorsitzende des Betreuungsvereins Schwandorf und freue mich, hier meine Erfahrungen als ehemalige Sozialministerin einbringen zu können. Das Thema Betreuung ist heute gesellschaftlich wichtiger als jemals zuvor – verlässliche Begleitung, wo Hilfe für ein selbstbestimmtes Leben notwendig ist.

Dem Kuratorium der Universität Regensburg gehöre ich seit über 20 Jahren an und wurde 2021 zur Vorsitzenden gewählt. Diese Aufgabe habe ich gerne übernommen. Eine wichtige Zielsetzung ist es, die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Regensburg im dynamischen Prozess der Digitalisierung zu stärken.

Aus Überzeugung gehöre ich der Bayern-Südtirol-Gesellschaft an, um den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Regionen zu fördern. Dabei ist ein wunderbares Netzwerk von Gleichgesinnten entstanden. Südtirol ist zu meiner zweiten Heimat geworden, auch durch meinen Ehemann, der seine familiären Wurzeln im Ultental hat.

Das Schönste im Ruhestand ist es, sich die Zeit selber einteilen zu können und mir lange aufgeschobene Wünsche, für die ich während der aktiven politischen Phase zu wenig Zeit hatte, zu erfüllen.

Meine Freizeit gehört vor allem meiner Familie, besonders meinen vier Enkelkindern, der Natur und der Region, in der ich verwurzelt bin. Ich bin gerne in unserem Garten, in dem unterschiedliche Obstbäume, Sträucher und Blumen wachsen – er ist gleichzeitig ein Vogelparadies und ein Rückzugsort für die ganze Familie. Ich genieße lange Spaziergänge, auch in den Südtiroler Bergen, lese viel und pflege den Austausch mit Menschen, die etwas bewegen wollen.

Denn genau das bleibt mein Herzensanliegen: mich für Menschen einzusetzen, für ihre Lebenswirklichkeit und für eine Umgebung, die Perspektiven bietet – heute und morgen. —

### EMILIA MÜLLER

2005 bis 2009 Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern

2005 bis 2007 Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

2007 bis 2008 Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

2008 bis 2013 Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

2013 bis 2018 Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

# SOCIAL MEDIA

## Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



**Melanie Huml, MdL,**  
stv. CSU-Parteivorsitzende  
@melanie.huml.bamberg

(...) Beleghebammen wie am Klinikum Bamberg leisten Tag für Tag Enormes: (...) und dann das: Mit dem aktuellen Schiedsspruch zur Vergütung werden freiberufliche Beleghebammen finanziell schlechter gestellt als bisher. Für viele ist das eine existenzielle Bedrohung. Das darf nicht sein. Deshalb unser Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag: „Solidarität mit Bayerns Hebammen – Bewährtes geburtshilfliches System erhalten!“ (...) »



288 1 20



**CSU im Bundestag**  
csu\_bt



Es ist der Aufreger der Woche: Hubertus Heil hat sich beim Bürgergeld mal wieder verrechnet! Das Bürgergeld ist ein unkontrollierbarer Sprengsatz für den Haushalt, stellt CSU\_Bt-Chef @Alexander Hoffmann MdB fest. Währenddessen geht unser Innenminister Alexander Dobrindt hart gegen Extremisten vor und beweist, dass wir es ernst meinen mit der Migrationswende. Ein echter Top! »

**Martin Huber,**  
CSU-Generalsekretär  
@martinhuber\_csu

Habe den neuen KI-Trend auch mal ausprobiert. Bin ganz gut getroffen, oder? Woran habt ihr mich erkannt? »



217 6



7.621 264 25

**Dr. Markus Söder, MdL,**  
Bayerischer Ministerpräsident  
@Dr. Markus Söder



An der Grenze gilt wieder Law and Order: Die neue Bundesregierung macht seit Tag 1 ernst mit der Bekämpfung der illegalen Migration. Wir haben verstärkte Grenzkontrollen und sind zurück bei der Rechtslage vor 2015. Das ist eine 180-Grad-Wende. War dazu heute vor Ort bei der Bundespolizei mit unserem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und Staatssekretärin Daniela Ludwig an der A93 in Kiefersfelden kurz vor Österreich. In Bayern bilden die Bundespolizei und unsere Bayerische Grenzpolizei zwei Schutzwälle. (...) Law and Order hat in Bayern Tradition: Wir haben einen Höchststand an Polizisten, die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer und die höchste Aufklärungsquote. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Es ist gut, dass dieser bayerische Geist in Deutschland jetzt wieder verstärkt zum Zug kommt. »



59 1

**Tanja Schorer Dremel,**  
stv. CSU-Generalsekretärin  
@schoredremel

Heute mal unterwegs in Springfield. Wünsche Euch einen schönen Abend! »



130 154 Kommentare 11 Mal geteilt

**CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag**  
@CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag



(...) Zum Auftakt unserer Fraktionsreise in Polen besuchten wir gemeinsam mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder und unserem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek die KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Das Niederlegen eines Kranzes an der Todeswand und die Eintragung in das Gedenkbuch, gemeinsam mit Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus und MdL Karl Freller, sind ein stilles, aber kraftvolles Zeichen der Solidarität mit den Opfern der grausamen Verbrechen des Nationalsozialismus. (...) Auschwitz steht heute weltweit als Synonym für die unfassbaren Verbrechen des Holocaust. Dieser Ort ist ein stiller, aber eindringlicher Appell: Nie wieder. (...) »



## Amerika wird den MAGA-Sturm überleben

**Autor:** Christian Forstner,  
Hanns-Seidel-Stiftung Washington

Die Sorgen um Amerikas Demokratie sind groß. Und nach Trumps Wahlsieg noch größer. Trump baut ein System des kompetitiven Autoritarismus auf. Führerkult, Politisierung von Institutionen, Prozesse gegen politische Gegner, vorauseilender Gehorsam in Medien und Wirtschaft und orchestrierte Kampagnen in sozialen Medien untergraben die demokratische Resilienz Amerikas.

Moritz Pöllath setzt der aufgeregten öffentlichen Diskussion eine wohl-tuend ausgewogene, geschichtlich inspirierte und persönlich motivierte Erzählung über Amerika entgegen. Er nimmt den Leser auf seine USA-Reisen an die Ost- und Westküste mit als aufmerksamer Beobachter, der die tagesaktuellen Entwicklungen wie Polarisierung und Kulturkampf in das größere Ganze der geschichtlichen Werdung Amerikas einzubetten weiß. Seine Kernthese lautet: Amerika ist ein Land der Freiheit, ein Kontinent des Aufbruches und das Symbol einer Idee. Der USA-Historiker Moritz Pöllath ist sich sicher: Amerika wird auch den MAGA-Sturm überleben. Die Freiheitsidee ist die Gründungsidee Amerikas. Sie ist heute zwar weniger sichtbar, aber keineswegs verschwunden. Der Autor spürt der Freiheitsidee an historisch wichtigen Orten nach, die man nicht zwangsläufig auf dem Radar hat. Er führt den Leser zu umstrittenen Bürgerkriegsdenkmälern in Richmond, zu Seeschlachten in Virginia, zur Harriet Tubman Gedenkstätte in Virginia oder zum Duell von Alexander Hamilton mit Aaron Burr in New Jersey.

Interessant sind seine kontrastierenden Porträts des Rechtspopulismus bei einer MAGA-Veranstaltung in Philadelphia und des radikalen antisemitischen Linksextremismus an der Universität Berkeley in Kalifornien. Amerika wird von links und rechts aus den Angeln gehoben. Aber das Pendel, da ist sich Pöllath sicher, wird irgendwann wieder zur Mitte zurückschwenken. Die Analyse des Autors ist richtig: Trumpismus und Rechtspopulismus werden über Trump hinaus ein belastender Faktor in der amerikanischen Politik bleiben. Die für die Republikaner enttäuschenden Zwischenwahlen 2022 wurden für viele Experten, auch für Moritz Pöllath, zum Anlass genommen, Trump abzuschreiben. Nach dem Sturm auf das Kapitol 2021 und dem Versuch, den Amtswechsel zu verhindern, hatte man Trump ein fulminantes Comeback 2024 nicht mehr zugetraut. Es kam anders, Trump is back und der starke Mann der US-Politik. Doch trotz dieser Verwerfungen bleibt Amerika ein attraktives und föderal starkes Land, so der Tenor von Moritz Pöllath. Der Autor bereichert die Literatur über Amerika mit seinem anschaulich geschriebenen und historisch fundierten politischen Reisebericht. —

## Ein Szenario, das als Warnung dienen soll

**Autor:** Christoph Bertele,  
Werkstudent bei der Hanns-Seidel-Stiftung

Szenarien können ein spannendes Gedankenspiel sein, sie dienen aber auch als methodische Instrumente, um gegenwärtige Entwicklungen auf ihre möglichen zukünftigen Konsequenzen hin zu durchdenken. In seinem neu veröffentlichten Buch erhebt der Politikwissenschaftler und Experte für Außen- und Sicherheitspolitik, Professor Carlo Masala, genau diesen Anspruch. Sein Szenario entwirft eine hypothetische europäische Nachkriegsordnung, in der Russlands Ambitionen weit über die der Ukraine hinausreichen, und formuliert damit eine unmissverständliche Warnung. Das von Masala entworfene Szenario bedient sich dabei einer zentralen historischen Analogie. Im Mittelpunkt steht der Vergleich mit der Remilitarisierung des Rheinlandes im Frühjahr 1936. Damals ließ Hitler deutsche Truppen in das durch den Versailler Vertrag entmilitarisierte Gebiet einmarschieren, um die Reaktionen Frankreichs und Großbritanniens auf diesen Bruch des Status quo zu testen. Masala überträgt das Handlungsmuster auf einen möglichen zukünftigen Konflikt, in dem Russland einen begrenzten militärischen Vorstoß nach Estland unternimmt, um die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der NATO auf die Probe zu stellen und so die Stabilität der europäischen Sicherheitsordnung zu untergraben.

Das Szenario ist eingängig und anschaulich geschrieben und richtet sich keineswegs nur an Fachkundige, sondern auch an ein breiteres politisch interessiertes Publikum. Es spiegelt Masalas realistischen Blick auf die internationale Politik wider, in der Machtkonkurrenz und militärische Ressourcen die Struktur des internationalen Systems maßgeblich prägen. Ausgehend von dieser Prämisse entwickelt er sein Szenario folgerichtig und nutzt es, um eindringlich vor politischen Versäumnissen zu warnen. Die am Ende formulierten Handlungsempfehlungen richten sich an eine Gegenwart, in der die NATO mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert ist: mit einem neo-imperialen Russland, das bereit ist, mit militärischer Gewalt die bestehende Ordnung in Europa infrage zu stellen; mit dem Erstarken russlandfreundlicher, häufig rechtspopulistischer und extremistischer Kräfte innerhalb der Mitgliedsstaaten; und mit den Vereinigten Staaten, deren politische Führung unter Donald Trump die Sinnhaftigkeit des Bündnisses als Ganzes offen infrage stellt.

Auch wenn es ein fiktives Szenario bleibt, zielt Masalas Text klar auf reale politische und militärische Defizite. Sein zentraler Appell: Europa muss seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit ausbauen, um nicht zur passiven Beobachterin einer sich wandelnden internationalen Ordnung zu werden. —



64

**Moritz Pöllath:**

### Zeit der Freiheit – Zeit des Populismus

**Die USA in der Systemkrise?**

Berlin: Vergangenheitsverlag 2024,  
209 Seiten, 16 Euro.



65

**Carlo Masala:**

### Wenn Russland gewinnt

**Ein Szenario**

München: C. H. Beck 2025,  
119 Seiten, 15 Euro.

# DAS RECHT AUF HEIMAT

## VERTREIBUNG AUS DEN OSTGEBIETEN:

### 80 JAHRE BENEŠ-DEKRETE

**Autor: Dr. Christian Petrzik**

Leiter des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP),  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

66

**Vor 80 Jahren endete nicht nur der Zweite Weltkrieg. Ab 1945 begann auch für viele Deutsche in den Ostgebieten eine Zeit der Flucht und später der oft brutalen Vertreibung: Millionen Schlesier, Ost- und Westpreußen, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Pommern und Sudetendeutsche zogen in den Westen. Die sogenannten Beneš-Dekrete stehen sinnbildlich für dieses Unrecht.**

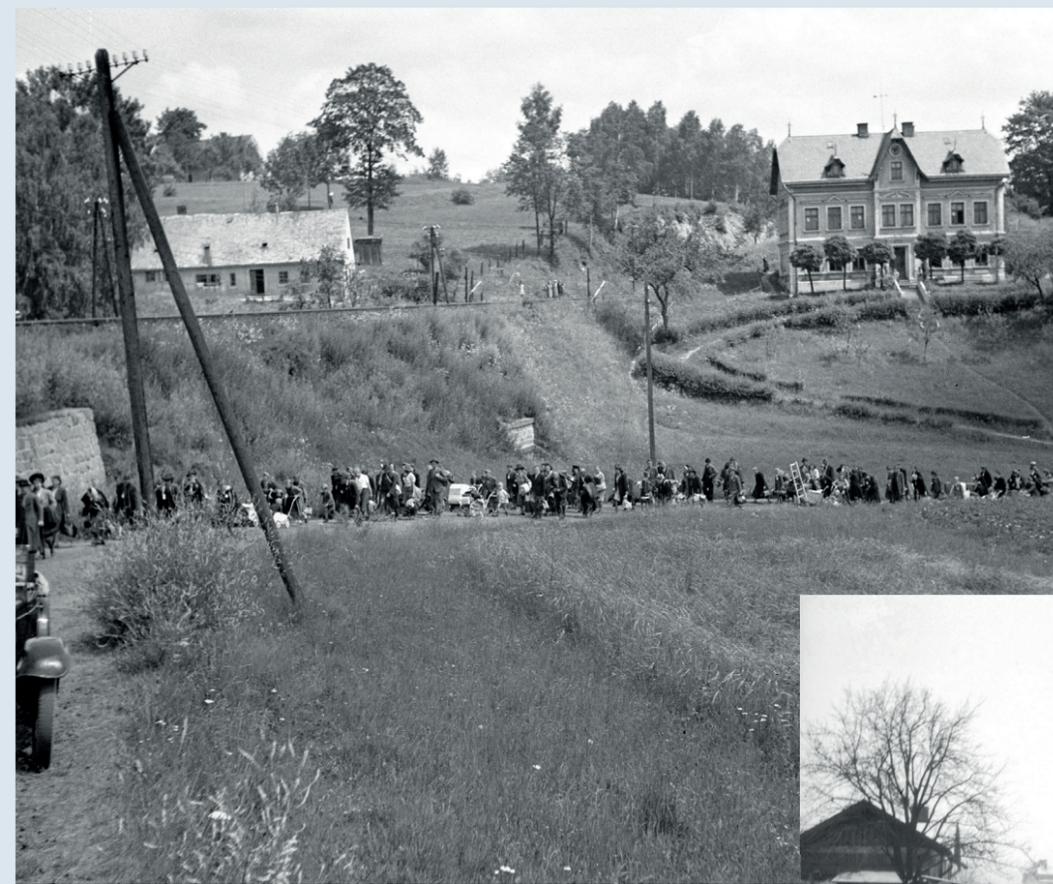
Am 19. Mai 1945 wurde das fünfte Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Edvard Beneš, „über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung von Vermögenswerten von Deutschen, Ungarn, Verrätern und Kollaboranten sowie einiger Organisationen und Anstalten“ erlassen. Die darin grundlegenden vermögensrechtlichen Einschränkungen für Deutsche und Ungarn, die als „staatlich unzuverlässige Personen“ eingestuft wurden, bedeuteten faktisch deren Enteignung.

#### Der Beginn der Vertreibung

Namensgeber der Dekrete war Edvard Beneš (1884-1948), der von 1935 bis 1938 sowie 1945 bis 1948 das Amt des Staatspräsidenten der Tschechoslowakei be-

kleidete. Die insgesamt 143 „Dekrete des Präsidenten der Republik“, so die offizielle Bezeichnung der Beneš-Dekrete, wurden während der deutschen Besatzung der Tschechoslowakei von der Exilregierung unter Beneš in London zwischen 1940 bis 1945 erlassen. Am 28. März 1946 wurden sie von der provisorischen tschechoslowakischen Nationalversammlung gebilligt. Die nach wie vor in Kraft befindlichen Dekrete, besonders jenes vom 19. Mai 1945, belasten das Verhältnis der Vertriebenenverbände in Deutschland und Österreich zu den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei (Tschechien und Slowakei) bis heute.

Der größte Teil der vertriebenen Sudetendeutschen, etwa eine Million, gelangte 1945 nach Bayern. Nachdem sich bereits 1948 eine Kreisgruppe von Vertriebenen in München und 1949 eine Landesgruppe für Bayern zusammengeschlossen hatte, wurde 1950 die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Bundesverband gegründet. Vorsitzender der Landsmannschaft ist seit 2014 der CSU-Politiker und ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Bernd Posselt, der seit 2014 ebenfalls CSU-Beauftragter für Ostmittel- und Osteuropa und seit 2008 Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe ist.



*Liberec (Reichenberg),  
16. Mai 1946:  
Sudetendeutsche wurden  
zwangsweise nach  
Deutschland vertrieben.  
Foto: IMAGO/CTK Photo*



*Mariánské Lázně (Marienbad) im Januar 1946:  
Deutsche, die in der Tschechoslowakei geboren  
wurden und deren Vorfahren seit Jahrhunderten  
in Tschechien lebten, wurden zwangsweise  
nach Deutschland deportiert. Nur 40 Kilo Gepäck  
durften sie aus ihren Häusern mitnehmen.*

*Foto: IMAGO/CTK Photo*

**«KEIN UNRECHT, UND MAG ES NOCH SO  
GROSS GEWESEN SEIN, RECHTFERTIGT  
ANDERES UNRECHT. VERBRECHEN SIND AUCH  
DANN VERBRECHEN, WENN IHM ANDERE  
VERBRECHEN VORAUSGEGANGEN SIND.»**

Roman Herzog, ehemaliger Bundespräsident



68 Der damalige Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (r.) legte in Begleitung des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt (2. v.r.) einen Kranz an der Gedenktafel für die Opfer des sogenannten Massakers von Usti nieder. Am 31. Juli 1945 wurden an der Dr.-Edvard-Beneš-Brücke über die Elbe in Usti nad Labem (Aussig) viele deutsche Zivilisten getötet.

Foto: IMAGO/CTK Photo

### Völkerrechtswidrige Dekrete

Der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (1993-2007) forderte wiederholt Wiedergutmachung von Seiten der tschechischen Regierung für die Verluste und Leiden der Sudetendeutschen und die Aufhebung der Beneš-Dekrete. In seiner Rede anlässlich des 51. Sudetendeutschen Tages am 11. Juni 2000 in Nürnberg kam er auf die europäische Dimension der Problematik um die Dekrete zu sprechen. Dabei sah er die Verständigung und Versöhnung zwischen den europäischen Völkern als Grundlage für die Entfaltung Europas als Werte- und Rechtsgemeinschaft und formulierte: „Gravierende offene Fragen dürfen daher im europäischen Raum nicht einfach stehen bleiben. Man muss sich um der friedlichen Zukunft willen um deren Lösungen bemühen. Eine dieser offenen Fragen sind die Beneš-Dekrete, und zwar jene, die die Vertreibung, Enteignung und Diskriminierung der Sude-

tendeutschen und auch der Ungarn betreffen. Wir wollen hier das Leid und das Unrecht, das die Ungarn nach 1945 in der Tschechoslowakei erdulden mussten, nicht vergessen. Durch diese Dekrete wurden Menschen enteignet und vertrieben, weil sie einer bestimmten Volksgruppe angehörten. Deshalb sind die Dekrete und Gesetze eindeutig völkerrechtswidrig. Sie sind diskriminierend. Sie passen nicht in das Europa des 21. Jahrhunderts.“

### Versöhnung und Dialog

Als erster Bayerischer Ministerpräsident seit 1989 besuchte Horst Seehofer (2008-2018) Tschechien im Dezember 2010 – das Ende der jahrzehntelangen politischen Sprachlosigkeit. Bei seiner Rede anlässlich eines Abendessens mit dem damaligen tschechischen Außenminister, Karel Schwarzenberg, am 19. Dezember 2010 betonte Seehofer besonders die beiderseitigen Bemü-

hungen um Versöhnung und Dialog: „Viele Gruppen der Zivilgesellschaft, Kommunen und einzelne Bürger haben in den vergangenen Jahren Zeichen der Versöhnung gesetzt, Kreuze und Gedenktafeln errichtet. In das Geflecht des engen Miteinanders sind die Sudetendeutschen in ihrer Vielfalt eingebunden und selbst initiativ geworden. Das erfüllt mich als Schirmherr mit Freude. Die Sudetendeutschen wollen ehrlich und aufrichtig Brücken bauen. Sie suchen den Dialog. Es geht zwischen unseren Ländern um beides, die ehrliche Beschäftigung mit der Vergangenheit und die Gestaltung der Zukunft.“ (ACSP, PS I Seehofer RS 2010: 1219). Seitdem ist viel geschehen, unter anderem hat Bayern eine eigene Repräsentanz in Prag eröffnet und in Sachen Infrastruktur, Wirtschaft und Bildung arbeitet man eng zusammen.

Die nationalsozialistischen Verbrechen der Deutschen ebenso wie die nach Kriegsende 1945 erfolgten Vertreibungen, Enteignungen und Ausbürgerungen der Sude-tendeutschen aus der Tschechoslowakei haben tiefe Gräben zwischen Tschechien und Deutschland hinterlassen, die ein weiteres Bemühen um gegenseitige Aus-söhnung erfordern. Seehofer schloss seine Rede daher mit einer Aufforderung, die auch heute noch ein Auftrag für die Politik ist und nichts an ihrer Aktualität verloren hat: „Lassen Sie uns den Weg von einer guten zu einer versöhnten Nachbarschaft mutig gehen.“ —

Quellen:  
ACSP, PS I Seehofer RS 2010: 1219.  
ACSP, PS I Stoiber RS 2000: 0611.

69



Bayerns „Vierter Stamm“:  
Das Sudetendeutsche  
Museum in München.

Foto: Daniel Mielcarek

# VON MUSCHELN UND MENSCHEN

## Die Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung

**Autor:** Andreas von Delhaes-Guenther  
Leiter des Referates Publikationen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

# H

**Haben Sie schon einmal eine Arbeit zu einem speziellen Thema mit 200 Seiten geschrieben? Es ist eine Mammutaufgabe. Die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt Promovierende bei diesem umfangreichen Prozess – sie kümmert sich aber auch schon während des Studiums um begabte angehende Akademiker.**

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) hilft seit vielen Jahren mit Stipendien ausgewählten Studentinnen und Studenten nicht nur während des Studiums, sondern gegebenenfalls auch danach auf dem Weg zur Dissertation und damit zur Promotion. Seit Ende 2024 werden übrigens auch Auszubildende gefördert, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu unterstreichen.

Wer in Deutschland einen Dokortitel erwerben will, muss in seinem Fachgebiet promovieren. Ein wichtiger Bestandteil dieser Promotion ist wiederum die Dissertation oder auch Doktorarbeit, eine schriftliche wissenschaftliche Abhandlung. Der Umfang dieser Arbeit variiert, von 50 bis 150 Seiten in Naturwissenschaften oder Medizin bis hin zu 200 oder mehr Seiten in den Geistes- und

Sozialwissenschaften. Wer publikationsbasiert durch Veröffentlichungen in Fachzeitschriften promoviert, braucht weniger Seiten. Eine Dissertation zu erstellen, dauert meist Jahre, und treibt die früheren Studenten oft genug an den Rand des Wahnsinns. Übernächtigte fahle Gestalten, die am Abgabetag ihre Dissertation einreichen, danach jubelnd über das Unigelände tänzeln und ihnen völlig Unbekannte schluchzend umarmen, sind keine Seltenheit. Denn schon die richtige Zitierweise der Fußnoten für solche Arbeiten füllt ganze Lexika. Wer eine Dissertation schreibt, fokussiert sich also ganz darauf.

### Ein langer Weg

Promotionsförderung wird zunächst für die Dauer von drei Jahren (maximal vier) gewährt. Neben der finanziellen Unterstützung von maximal 1.550 Euro monatlich zuzüglich einer Forschungskostenpauschale und gegebenenfalls eines Familienzuschlages bietet die HSS auch eine Vielzahl an Fachtagungen, Praxisseminaren, Exkursionen und anderen Bildungsmöglichkeiten. Vertrauensdozenten und HSS-Referenten beraten und begleiten die Promovierenden individuell.



Harter Weg zum Dokortitel: Die HSS unterstützt Promovierende.

Foto: Adobe Stock / xy

### Der richtige Ansprechpartner

Ebenso profitieren die Geförderten von einem Netzwerk im In- und Ausland, das nicht nur den Berufseinstieg erleichtern kann. Es gibt regelmäßige Treffen mit Altstipendiaten, immerhin rund 8.000 sind noch informell mit der Stiftung verbunden. 1992 wurde der „Club der Altstipendiaten“ gegründet und zählt heute rund 2.300 Mitglieder weltweit. Auf den jährlichen HSS-Karrieretagen „HI POTENTIAL“ – heuer am 31. Oktober 2025 – können sich nicht nur Ehemalige beruflich vernetzen, Jobs vermitteln und ihre Expertise einbringen. Über die Gruppe „docnet“ vernetzen sich zudem die Promotionsstipendiaten und können sich gegenseitig unterstützen.

Biologie studierte Marie von Wesendonk an der TU München. Sie promoviert derzeit zur ökologischen Funktion von Süßwassermuschelschalen. „Eine Stiftung, die erklärt Wert auf soziale Verantwortung und Solidarität legt und sich Heimatschutz und vorausschauendem politischen Handeln verschrieben hat, ist der richtige Ansprechpartner für ein derartiges Forschungsprojekt“, meint die Promovendin.

**«Ich freue mich immer sehr zu sehen, wie sie alle für ihre Themen brennen.»**

**Dr. Jutta Möhringer**  
Leiterin des Instituts für Begabtenförderung  
der Hanns-Seidel-Stiftung

# «Die Menschen, die wir heute fördern, übernehmen morgen Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.»

Markus Ferber

## Brennen für die Wissenschaft

72

„Wir haben für die Auswahl drei Kriterien: hohe fachliche Leistungen, gesellschaftliches Engagement etwa in Politik, Kirche und Vereinen und die Werte unserer Stiftung“, betont Dr. Jutta Möhringer, seit 2020 Leiterin des Instituts für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung. Pro Semester sind 140 bis 160 Dissertationen in der HSS-Förderung. Die Zahl schwankt, da jährlich bis zu 30 der Geförderten fertig werden und etwa die gleiche Zahl neu aufgenommen wird.

Jeder Auserwählte bleibt im Schnitt drei bis vier Jahre in der Stiftungsförderung. In den vergangenen zehn Jahren waren das immerhin rund 3.000 Dissertationen. „Nicht alle werden während der Förderzeit fertig, aber fast alle!“, betont Möhringer. „Mit dieser Zielgruppe zu arbeiten, ist das größte Privileg meiner Karriere. Sie brennen für wissenschaftliche Themen, sind top vorbereitet, informiert und inspirierend!“

## Ein Hauch von Hollywood

Insgesamt hat die Stiftung seit 1982 mehr als 11.300 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus aller Welt entweder durch ihr Studium oder später durch die Promotionsphase begleitet, rund 9.000 davon aus Deutschland, 1.100 aus dem restlichen Europa, 900 aus Asien, 280 aus Südamerika, 170 aus Afrika und Einzelne auch aus Australien und Neuseeland. Dazu gehörten bekannte Namen wie

Staatsminister a.D. Dr. Ludwig Spaenle, Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Kathrin Albsteiger, MdB Stephan Stracke, Günzburgs Landrat Hans Reichhart, MdL Thorsten Freudenberger und Roland Fleck, Geschäftsführer der Messe Nürnberg Group. Auch im Ausland: In Chile waren es eine Regierungssprecherin, ein Verfassungsrichter und ein Außenminister, in Paraguay ein Finanzminister. Sogar ein Hauch von Hollywood wehte durch die HSS: Altstipendiat Welf Reinhart erhielt 2022 den Studenten-Oscar der „Academy of Motion Pictures Arts and Sciences“ für seinen Kurzfilm „Eigenheim“.

2022 war es Benedikt Held, der an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg Wirtschaftsinformatik studiert und damals zugleich mit 19 Jahren der jüngste der rund 3000 Teilnehmer der „Challenge Roth“ war, des weltweit größten Wettkampfs auf der Triathlon-Langdistanz. „Bei meinem Auswahlgespräch auf Kloster Banz war ich so beeindruckt von der Atmosphäre und dem Seminarangebot, dass ich genau wusste, hier will ich hin“, sagte er damals. „Ich finde, dass die HSS ein sehr familiäres Umfeld schafft. Man lernt in den Seminaren Menschen kennen, die man dann auch später wieder trifft.“ Der heutige Vorsitzende Markus Ferber bewarb sich übrigens vergeblich – wegen einer Haushaltssperre wurden damals zeitweise keine Stipendien vergeben. „Die Menschen, die wir heute fördern, übernehmen morgen Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“, betont Ferber die Bedeutung der Stipendien sowie der Promotionsförderung.

## Wälder und Städte

Unter diesen Geförderten aus allen Fachrichtungen und vielen Universitäten waren und sind auch die Promovierenden. Wie einst Dr. Nicole Kaiser: Im April 2021 war sie in Bayreuth die jüngste Unikanzlerin Deutschlands.

Oder wie Julian Sann, der derzeit in Jura an der Uni Gießen promoviert. Seine Dissertation beschäftigt sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Landeswaldgesetze im Hinblick auf die Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Bewirtschaftung des Waldes. Auch ihn hat „inhaltliche Ausrichtung, das tolle Netzwerk und das Seminarangebot der HSS“ überzeugt. „Die Stiftung ermöglicht es mir, mich intensiv auf mein Promotionsvorhaben zu konzentrieren und schafft Freiräume für ehrenamtliches Engagement“, lobt dagegen die Juristin Sara Stolz, Uni Augsburg. Ihre Dissertation dreht sich um verfassungs- und europarechtliche Rahmenbedingungen für den Umgang mit überzähligen Embryonen in der Fortpflanzungsmedizin. „Interdisziplinären Austausch, spannende Themenseminare und Begegnungen mit politischen Akteuren“, sind für Svenja Ludwig wichtig, die an der Uni Freiburg Umweltmeteorologie studierte und nun zur Entwicklung eines hochaufgelösten Hitzeinformationssystems für deutsche Städte promoviert. „Diese Erfahrungen bieten wertvolle Impulse, sowohl für die wissenschaftliche Arbeit als auch für meine persönliche Entwicklung.“



Mit HSS-Förderung:  
Dissertation zur ökologischen Funktion  
von Süßwassermuschelschalen.

Foto: privat



Wer mehr wissen oder  
sich bewerben will:  
<https://www.hss.de/stipendium>

# „MUT IST DER PREIS DES FRIEDENS“

## FRANZ JOSEF STRAUSS-PREIS FÜR MAIA SANDU

**Autor: Andreas von Delhaes-Guenther**  
Leiter des Referates Publikationen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Die moldauische Präsidentin **Maia Sandu** wurde für ihren Einsatz für Demokratie und die europäischen Werte in ihrem Land mit dem **Franz Josef Strauß-Preis der Hanns-Seidel-Stiftung** ausgezeichnet.

74

„Mit tiefer Dankbarkeit nehme ich diese Anerkennung im Namen all derer in meinem Land und in unserer Region entgegen, die an vorderster Front eines Kampfes stehen den wir nicht begonnen, aber entschlossen geführt haben – und den wir uns nicht leisten können zu verlieren: den Kampf für Demokratie, Wahrheit und Frieden“, erklärte die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu. „Dieser Preis trägt den Namen einer Führungspersönlichkeit, die glaubte, dass Europa Frieden niemals als selbstverständlich betrachten darf.“ Die Demokratie werde weltweit angegriffen, „nicht nur auf Schlachtfeldern“. Die Ukraine verdiene Unterstützung. „Jeden Tag, an dem sie Widerstand leistet, schützt sie uns alle. Wenn die Ukraine fällt, wird Russland nicht vor Moldau Halt machen.“ Nur gemeinsam überlebe Europa. „Mut ist nicht länger optional. Mut ist der Preis des Friedens.“

Mehr als 400 Gäste ehrten die 53-Jährige in der Münchner Residenz. Darunter waren neben vielen Abgeordneten die beiden CSU-Ehrenvorsitzenden Dr. Edmund Stoiber und Dr. Theo Waigel, CSU-Generalsekretär Martin Huber, der stellvertretende HSS-Vorsitzende und Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, sowie Franz-Georg und Augustin Strauß.

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Europa-abgeordnete Markus Ferber würdigte die Preisträgerin für ihre Führungskraft, demokratische Überzeugung und Reformpolitik als „wegweisend“. Die Republik Moldau

sei ein Land, „das sich unter ihrer Führung mutig, entschlossen und mit klarem europäischem Kompass auf den Weg in eine bessere Zukunft“ gemacht habe.

„Ein klares Signal für ihre Person, ihre Republik und ihren Kurs“ sei der Preis, betonte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. „Wir brauchen eine klare Linie, pro Ukraine, pro NATO, pro EU.“ Putin führe einen Krieg mit allen Mitteln gegen Europa. „Dieses Gift wirkt schon, auch in Deutschland.“ Europa müsse seine Probleme selbst lösen. „Wir müssen für die Werte unseres Kontinents eintreten.“

Landtagspräsidentin Ilse Aigner erinnerte an den knappen Sieg des Pro-Europäers Nicusor Dan bei der Präsidentenwahl in Rumänien 2025 und den Sieg Sandus in der Stichwahl zum Präsidentenamt 2024, beide gegen prorussische Kandidaten. Diese Wahlen seien von massiver Beeinflussung Russlands überschattet gewesen.

Mit dem Preisgeld von 10.000 Euro unterstützt die Preisträgerin den Erhalt der Meisterwerke des des jüngst verstorbenen moldauischen Komponisten Eugen Doga.

Lesen Sie hierzu einen ausführlichen Bericht:



Sehen Sie hier die gesamte Veranstaltung im Video:



Preisverleihung mit (v.l.) Ministerpräsident Dr. Markus Söder, HSS-Vorsitzendem Markus Ferber und Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Maia Sandu (2. v.l.) nannte es „eine große Ehre, den Franz Josef Strauß-Preis hier in München entgegenzunehmen, von einer Stiftung, die seit langem für Demokratie, Freiheit und ein vereintes Europa steht“.

75



Würdevolles Ambiente: HSS-Vorsitzender Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP, im Kaisersaal der Residenz.



Staatssekretär Sandro Kirchner, MdL, Dr. Edmund Stoiber, Aureliu Ciocoi, Botschafter der Republik Moldau, Dr. Theo Waigel und Christian Schmidt, stv. HSS-Vorsitzender (v.l.).



„Mut ist nicht länger optional. Mut ist der Preis des Friedens.“ Maia Sandu während ihrer Rede.

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

© 2025, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München  
Tel. +49 (0)89 1258-0  
publikationen@hss.de  
www.hss.de

**Vorsitzender:** Markus Ferber, MdEP

**Generalsekretär:** Dr. Josef Widmann

**Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit:** Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

## Redaktion:

Andreas v. Delhaes-Guenther (Redaktionsleiter Publikationen)

Susanne Berke (Redakteurin)

**Art Director:** Julia Ehrenreich

**Satz und Layout:** Marion Steib, Birgit Rose Vogel

**Druck:** Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Sämtliche im Magazin verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

**Hinweis zum Datenschutz:** Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

**Titelmotiv:** Samuel Gumberger, Adobe Stock/Prad Pict, gen\_oksi und Wil

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, matt  
100 % Altpapier FSC Recycled Credit, GFA-COC-001203

# Wollen Sie mehr...

... über Politik und Gesellschaft wissen?  
Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies  
Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über [publikationen@hss.de](mailto:publikationen@hss.de)

Jetzt gratis bestellen



# #politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter [hss.de/publikationen/](https://www.hss.de/publikationen/) können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns-Seidel-Stiftung  
Lazarettstr. 33, 80636 München

[www.hss.de](http://www.hss.de)  
[publikationen@hss.de](mailto:publikationen@hss.de)  
T +49 (0) 89 1258-0

 [instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)  
 [facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)  
 [x.com/HSSde](https://x.com/HSSde)  
 [youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)  
 [linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung](https://www.linkedin.com/company/Hanns-Seidel-Stiftung)  
 [tiktok: Hanns.Seidel.Stiftung](https://www.tiktok.com/Hanns.Seidel.Stiftung)

 whatsapp:  
Hanns-Seidel-Stiftung e.V

